

Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Ladenburg

INDIKATOREN FÜR EINE LOKALE AGENDA

2007



Nachhaltigkeitsbericht Ladenburg

Vorwort von Bürgermeister Ziegler

Verehrte Leserin, verehrter Leser des 1. Ladenburger Nachhaltigkeitsberichts,

seit der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro machen es sich Kommunen im Rahmen der lokalen Agenda zur Aufgabe, Konzepte für eine zukunftsfähige Entwicklung auszuarbeiten.

Das Ziel dabei ist, sich mit kommunalen Maßnahmen für eine Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen einzusetzen, um die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen zu erhalten. Dazu ist der ständige Dialog der Stadtverwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern, den örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft gefordert.

Auch wir in Ladenburg arbeiten mit unserer Zukunftswerkstadt daran, unsere Stadt nachhaltig weiter zu entwickeln bzw. zukunftsfähig zu gestalten. Mit dem ersten Nachhaltigkeitsbericht zeigen wir den Status Quo anhand unterschiedlicher Indikatoren auf. Betrachtet werden nicht nur ökologische Themen, sondern auch Indikatoren aus Ökonomie und dem sozialen Miteinander sowie aus der Partizipation unserer Bürgerinnen und Bürger an den verschiedenen Prozessen.

Gerade für langfristig angelegte Planungs- und Entwicklungsstrategien einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind grundlegende Erkenntnisse, regelmäßige Kontrollen der Ergebnisse und der Blick auf deren Auswirkungen unverzichtbar. Maßstab für eine Fortentwicklung ist zunächst das Feststellen geeigneter Messgrößen, anhand derer die kommunale Entwicklung unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung bewertet werden kann.

Der nun vorliegende Nachhaltigkeitsbericht soll also als Leitlinie für das weitere „Schaffen“ in unserer Stadt verstanden werden. Darum sind auch weiterhin alle Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, sich an diesem offenen Entwicklungsprozess zu beteiligen: *„Ihre Mitwirkung ist gefragt, um mit Ihren Ideen, Projekten und Initiativen den Nachhaltigkeitsbericht fortzuschreiben und zu aktualisieren“.*

Ich möchte mich bei allen Mitwirkenden, insbesondere bei Fritz Lüns aus dem Arbeitskreis Umwelt, für den engagierten Einsatz beim Zustandekommen des nun vorliegenden Berichtes bedanken. Lassen Sie uns weiter miteinander im Sinne der lokalen Agenda an unserem Programm für eine erfolgreiche Zukunft Ladenburgs arbeiten.

Rainer Ziegler
BÜRGERMEISTER

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
Von Rio zur Lokalen Agenda 21.....	2
Warum Agenda 21.....	3
Agenda 21, Umsetzung.....	4
Nachhaltigkeit messen	5
Das Indikatorensystem.....	7
Die Lokale Agenda 21 in Ladenburg	8
Die Indikatoren A und B.....	12
Die Indikatoren C und D.....	13

ÖKOLOGIE

- A1** Geringe Abfallmengen
 - A 1.1 Abfallaufkommen in Tonnen
 - A 1.2 Abfallaufkommen in Prozente
- A2** Möglichst niedrige Luftverschmutzung (fehlt noch)
- A3** Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen
 - A 3.1 Bodenflächen nach Nutzungsarten
- A4** Erhaltung des Bestandes an erneuerbaren Ressourcen
 - A 4.1 Wasserverbrauch privater Haushalte
 - A 4.2 Wasserrförderung / Wasserverbrauch
- A5** Möglichst niedriger Energie-Einsatz
 - A 5.1 Energieverbräuche Bauhof
 - A 5.2 Stromverbrauch der privaten Haushalte
- A6** Umwelt und sozialverträgliche Mobilität
 - A 6.1 Anzahl der PKW

ÖKONOMIE

- B1** Gleichmäßige Verteilung von Arbeit
 - B 1.1 Arbeitslosenzahlen
- B2** Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad (fehlt noch)
- B3** Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur
 - B 3.1 Sozialversicherungspflichtige
- B4** Hohe Preisniveaustabilität
 - B 4.1 Bodenrichtwerte
- B5** Gesunde Struktur der Öffentlichen Haushalte
 - B 5.1 Verschuldung je Einwohner
 - B 5.2 Verschuldung Nachbarkommunen
 - B 5.3 Kommunalfinanzen
- B6** Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes (fehlt noch)

GESELLSCHAFT/SOZIALES

- C1** Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen (fehlt noch)
- C2** Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung
 - C 2.1 Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden
- C3** Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur
 - C 3.1 Bevölkerungszu- bzw. Abnahme
 - C 3.2 Bevölkerungsentwicklung
- C4** Hohes kulturelles Angebot (fehlt noch)
- C5** Hohes Gesundheitsniveau (fehlt noch)
- C6** Hohes Sicherheitsniveau
 - C 6.1 Straftatenbelastung

PARTIZIPATION

- D1** Hohes ehrenamtliches Engagement (fehlt noch)
- D2** Hohes demokratisches Engagement
 - D 2.1 Wahlbeteiligung bei Gemeinderatswahlen
- D3** Kommunalen Einsatz für internationale Gerechtigkeit
 - D 3.1 Ausgaben für Patenschaften
- D4** Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben
 - D 4.1 Frauen im Gemeinderat
- D5** Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen
 - D 5.1 Gesamtausgaben für Jugendarbeit
 - D 5.2 Ausgaben für Betreuungseinrichtung
 - D 5.3 Ausgaben für Schulen
 - D 5.4 Ausgaben pro Schüler
 - D 5.5 Ausgaben für Spielplätze/Jugendhilfe
- D6** Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess
 - D 6.1 bis D 6.3 Mitglieder in Vereinen

Anhang

Quellen, Impressum

Von Rio zur Lokalen Agenda 21

WARUM IST NACHHALTIGE ENTWICKLUNG NÖTIG?

Der wirtschaftliche und technische Fortschritt im 19. und 20. Jahrhundert hat den Menschen einen enormen materiellen Wohlstand beschert. Am Anfang des 21. Jahrhunderts verfügt die Menschheit über mehr Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter und über mehr Wissen als jemals zuvor. Dieser Wohlstand ist jedoch zwischen Nord und Süd, aber auch in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich verteilt. Die wirtschaftliche Entwicklung hat in den vergangenen Jahrzehnten außerdem zu einer starken Beanspruchung der natürlichen Ressourcen und einer gravierenden Belastung der Umwelt geführt. Deswegen kann die bisherige Entwicklung nicht auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden, sondern es muss weltweit zu einer Kurskorrektur kommen. Eine von den Vereinten Nationen eingesetzte Kommission hat vor diesem Hintergrund in ihrem vorgelegten Bericht das Leitbild einer **NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG** entworfen. Nach der sehr allgemeinen Definition dieser sogenannten Brundtland-Kommission geht es bei der Nachhaltigen Entwicklung darum, die Bedürfnisse der Gegenwart zu befriedigen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (**UNCED**) 1992 haben

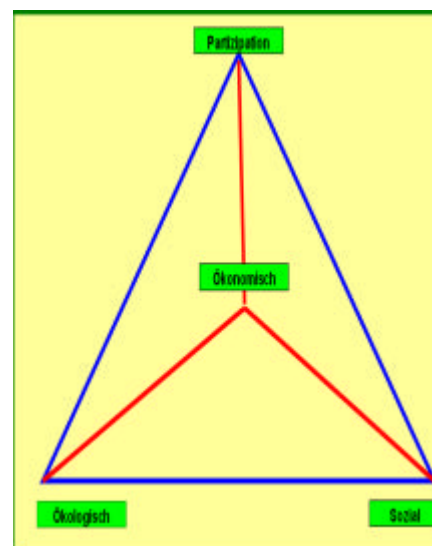
die Regierungen mit der **AGENDA 21** ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert verabschiedet, das zur Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung beitragen soll. Damit wurde nachhaltige Entwicklung zu einem weltweit geltenden Leitbild erhoben, das die international und national Politik ebenso bestimmen soll wie das Handeln in den einzelnen Städten und Gemeinden.

Im Kapitel 28 der Rio-Agenda werden die Kommunen aufgefordert, die Agenda 21 zur Grundlage des zukünftigen Handelns zu machen: „Jede Kommunalverwaltung soll in einem Dialog mit den Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine **kommunale Agenda 21** beschließen“

Die *Lokale Agenda 21* muss daher in einem doppelten Sinn verstanden werden, nämlich einmal als lokales Aktionsprogramm für nachhaltige Entwicklung und zum anderen als Prozess der Bürgerbeteiligung.

Der Auftrag von Rio stellt die Kommunen aber zugleich vor die Frage, was eine lokal nachhaltige Entwicklung denn eigentlich bedeuten soll. Es besteht mittlerweile weitgehend Konsens darüber, dass sich das Leitbild der Nachhaltigkeit auf die vier Dimensionen

Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft und Partizipation beziehen muss und dass die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen nur mit einer weitreichenden Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich sein kann. Diese vier Indikatoren sind, wie das nachstehende Diagramm zeigt, eng miteinander verbunden. Das Indikatorsystem trägt diesen vier Aspekten Rechnung. Eine nachhaltige Entwicklung ist nur dann möglich, wenn eine einseitige Ausrichtung auf eine dieser Dimensionen vermieden wird, denn zwischen den Dimensionen besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Hierbei wird es aber zwangsläufig immer wieder zu Zielkonflikten kommen.



Die Lokale Agenda 21

WORUM GEHT ES BEI NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND AGENDA 21?

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde schon Ende des 18. Jahrhunderts von der deutschen Forstwirtschaft geprägt.

Georg Ludwig Hartig, Oberforstmeister aus Dillenburg, schrieb vor über 200 Jahren, dass die Wälder so genutzt werden sollen, „dass die Nachkommenschaft ebensoviel Vorteile daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet“.

Eine ähnliche Definition der „Nachhaltigen Entwicklung“ verwendet auch der Brundtland-Bericht von 1987; hier heißt es: „Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro abgehalten wurde, ist „sustainable development“ als Leitbegriff weltbekannt geworden; er bildet einen Bezugspunkt für integrative Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Ob „nachhaltig“, „dauerhaft umweltgerecht“ oder „zukunftsfähig“ – der Begriff lässt viele alternative und abstrakte Auslegungen zu, dennoch besteht eine breite Übereinstimmung, dass Nachhaltigkeit nicht auf den Bereich der Ökologie zu beschränkt ist, sondern dass auch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Belange und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger integriert werden, denn nur ein Gleichgewicht dieser verschiedenen Aspekte kann zu einer nachhaltigen Entwicklung führen.

Auf der bereits genannten Konferenz in Rio unterzeichneten 179 Staaten ein „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“ – die so genannte Agenda 21. In dem mehrere hundert Seiten umfassenden Dokument werden Handlungsmaßnahmen beschrieben, die zur Umsetzung einer globalen nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen. Die 40 Kapitel enthalten unter anderem Instrumente für die Bereiche Klima- und Energiepolitik, Armutsbekämpfung sowie Bevölkerungs- und Landwirtschaftspolitik. Die Ziele können in diesen Politikfeldern nur dann erreicht werden, wenn auch vor Ort, auf der regionalen und lokalen Ebene, eine nachhaltige Entwicklung verfolgt wird.

Bereits im Vorfeld der UNCED-Verhandlungen konnten sich die vom Internationalen Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) vertretenen Kommunen mit ihrer Forderung durchsetzen, nicht nur als ausführende Organe nationaler Politik, sondern als eigenständige Akteure bei der Umsetzung des Aktionsprogramms berücksichtigt zu werden. Daher fordert Kapitel 28 der Agenda 21 in Rio explizit weltweit die Beteiligung der Kommunen: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚kommunale Agenda 21‘ beschließen.“

Dieser Aufruf soll Kommunen dazu bewegen, einen Lokale-Agenda-21-Prozess in Gang zu setzen und mit allen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort ein Handlungsprogramm zu erarbeiten. Jede Kommune muss dabei unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen ihren eigenen Weg finden.

Das bedeutet: Kommunen sind aufgerufen, ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen im Blick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu ermitteln. Sie können sich Ziele setzen und ihren Weg mit Hilfe von Indikatoren zu den verschiedenen Problembereichen sichtbar machen. Vor allem aber können sie Maßnahmen und Projekte entwickeln, die dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen.

Lokale Agenda 21

WIE SIEHT DIE PRAKTISCHE UMSETZUNG AUS?

Bei der Lokalen Agenda 21 besteht die besondere Aufgabe der Kommunen und der kommunalen Verwaltung darin, sowohl bei einzelnen Projekten als auch bei längerfristigen und grundsätzlichen Entscheidungen zur Stadt- beziehungsweise Gemeindeentwicklungsplanung das Ziel der nachhaltigen Entwicklung insgesamt nicht aus den Augen zu verlieren. Die Beteiligung der Bevölkerung soll dabei eine bedarfsgerechte Planung sicherstellen und die Umsetzung erleichtern. Zugleich ist mit der Lokalen Agenda 21 die Hoffnung verbunden, durch die stärkere Einbeziehung der Bürger der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegen wirken zu können.

Obwohl die bei der UNCED formulierten Zeitvorstellungen nicht realisiert werden konnten, ist in der letzten Zeit die Arbeit an einer Lokalen Agenda 21 doch in sehr vielen Städten und Gemeinden aufgenommen worden. Bislang haben etwa 20 Prozent der Kommunen in Deutschland die Umsetzung der Agenda 21 beschlossen.

Die Vorgabe, aus der Agenda 21 ein lokales Aktionsprogramm zu entwickeln, ist in mehrfacher Hinsicht anspruchsvoll. Das Ziel der nachhaltigen Entwicklung einer Region oder einer Kommune lässt sich nicht allein durch ein wenig Umweltschutz verwirklichen.

Gefordert ist vielmehr ein neues, integriertes Konzept von Stadt- und Raumplanung, in dem die Kommunen und ihre Bevölkerung in zahlreichen Bereichen Handlungskompetenz (zurück-) gewinnen müssen. Jede Kommune muss dabei unter Berücksichtigung der jeweiligen Rahmenbedingungen einen eigenen Weg finden. Weder der Agenda-Prozess noch die Maßnahmen können einfach kopiert werden. Man kann von den Erfahrungen anderer lernen. Erfolgreiche Projekte können übernommen und an die Bedingungen der Kommune angepasst werden. Dies kann die Kosten und den Arbeitsaufwand beträchtlich reduzieren und die Effizienz erhöhen.

Das vorliegende Konzept mit den 4 Hauptindikatoren Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Soziales und Partizipation soll helfen für Ladenburg eine nachhaltige Entwicklung für eine gute und lebenswerte Zukunft zu gewährleisten.

Nachhaltigkeit messen

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATOREN?

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen für die Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatorensystem. Das hier vorgestellte Indikatorensystem orientiert sich an Leitlinien und Kriterien, die für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen und bei der Lokalen Agenda eine zentrale Rolle spielen. Dabei werden vier Bereiche angesprochen: Ökologie, Ökonomie, der soziale Bereich und der Bereich der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In jedem dieser Bereiche wurden jeweils sechs Leitlinien oder Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung formuliert, die wiederum mit je einem zentralen Indikator beschrieben werden.

Mit den vier Bereichen sind die Handlungsfelder genannt, um die es bei dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung geht; die Leitlinien oder Teil-Ziele benennen einzelne Problemfelder; die Indikatoren schließlich können im Rahmen der Kommunalpolitik verschiedene Funktionen übernehmen:

- sie können verdeutlichen, wo möglicherweise Handlungsbedarf in der Kommune besteht, an welchen Stellen und in welcher Richtung Verbesserungen möglich sind;
- sie signalisieren außerdem, wo in der letzten Zeit etwas erreicht wurde, wo kommunalpolitische Maßnahmen oder die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich waren;
- sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Kommunen;

– und sie können Lücken in den vorhandenen Daten identifizieren und so Verbesserungen in der Kommunalstatistik anregen.

Mit anderen Worten: Indikatoren und Indikatorensysteme können dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu finden, um die Lebensqualität in der Kommune zu erhöhen oder sicherzustellen. Wie die Lokale Agenda 21 auch, so richtet sich das Indikatorensystem keineswegs nur an die Kommunalpolitik oder an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung. Eine breite Diskussion der Entwicklungen, die durch die Zeitreihen der Indikatoren deutlich zutage treten, kann dazu beitragen, Projekte zur Kommunalentwicklung zu finden, die schließlich das „Herz“ jeder Lokalen Agenda sind.

Das Indikatorensystem enthält jene 24 Indikatoren, die im Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ vorgeschlagen wurden. Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte dieses Leitfadens verdeutlicht besonders gut, wie das Indikatorensystem verwendet werden kann – und wo seine Grenzen liegen.

Die Arbeit an dem System begann in den Jahren 1996/97, als mit Förderung durch das Projekt „Angewandte Ökologie“ der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg in einem Pilotprojekt ein System mit 60 Indikatoren für die Stadt Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis entwickelt und getestet wurde. Dazu wurden bereits vorliegende Systeme ausgewertet; vor allem aber wurden ein Katalog möglicher Teil -



Nachhaltigkeit messen

Ziele nachhaltiger Entwicklung und, in einem zweiten Schritt, die dazugehörigen Indikatoren mit vielen verschiedenen Gruppen und Gesprächskreisen in den beteiligten Kommunen diskutiert und Vorschläge zur Überarbeitung gesammelt. Die Teil-Ziele und Indikatoren dieses Pilotprojektes können daher als Ergebnis eines längeren Prozesses angesehen werden, an dem verschiedene Gruppen von Wissenschaftlern, vor allem aber auch Bürgerinnen und Bürger der Region beteiligt waren. Insbesondere die Formulierung der Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung erwiesen sich dabei weitgehend als konsensfähig.

In einer zweiten Phase wurde die Arbeit an Indikatorensystemen auf weitere Kommunen ausgedehnt, deren Verwaltungen Interesse an einer Übertragung auf ihre Stadt hatten. Bereits bei den Studien, die für die Stadt Viernheim in Südhessen und für Aalen im Ostalbkreis entstanden, zeigte es sich, dass an einigen Stellen der Wunsch auftrat, sowohl die Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung als auch Indikatoren an die jeweils lokalen Gegebenheiten anzupassen. Hier und in einer weiteren Studie für Luxembourg-Stadt wurde aber deutlich, dass es einen Kernbereich von Teil-Zielen und Indikatoren gab, die von den meisten Beteiligten für unverzichtbar gehalten wurden.

Aus diesen Erfahrungen entstand die Idee, ein möglichst leicht handhabbares und praxisnahes Indikatorensystem zu entwickeln, das auf der einen Seite einen Kern von festen Indikatoren enthält, auf der anderen Seite aber flexibel genug sein sollte, um durch die Aufnahme zusätzlicher Teil-Ziele und Indikatoren auf die besonderen Gegebenheiten einer Kommune reagieren zu können.

Ein erster Entwurf eines solchen Systems wurde im Auftrag der Umweltministerien von vier Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen) und in Zusammenarbeit mit 16 Kommunen erstellt und getestet. Beteiligt waren zwölf Gemeinden (Alsfeld, Aschaffenburg, Augsburg, Boll, Erfurt, Heideland-Elstertal, Hohenstein, Karlsruhe, Mühlhausen/ Thür., Rödental, Rüsselsheim und Waiblingen) sowie vier Landkreise (Darmstadt-Dieburg, Lörrach, Nordhausen und Roth). Die Erfahrungen dieses Projekts führten dann zur Erarbeitung des bereits erwähnten Leitfadens.

Der vorliegende Indikatorenbericht enthält die 24 Kern-Indikatoren des Leitfadens sowie ergänzende Indikatoren, die auf die besonderen Gegebenheiten der hiesigen Kommunalentwicklung und der Lokalen Agenda 21 eingehen. Einige Problembereiche, die für Lokale Agenda-Prozesse häufig eine große Rolle spielen, wurden bei den vorliegenden Kern-Indikatoren nicht berücksichtigt, da methodische

Probleme zum jetzigen Zeitpunkt wissenschaftlich noch nicht genügend geklärt sind oder sich die Datenerhebung extrem aufwendig gestalten würde. Der erstgenannte Grund ist dafür verantwortlich, dass sich unter den Kern-Indikatoren kein eigenständiger Indikator zur Artenvielfalt findet. Extrem aufwendig würde sich etwa die Erhebung objektiver Daten zur Lärmbelastung gestalten; dieser Aufwand schien für den vorliegenden Bericht nicht zumutbar.

Eine weitere Lücke besteht bei den sogenannten „weichen“ Indikatoren, mit denen Einstellungen und das subjektive Empfinden der Lebensqualität der Wohnbevölkerung nachgezeichnet werden können. Weiche Indikatoren lassen sich durch periodisch wiederholte standardisierte Repräsentativbefragungen ermitteln. Auch dieser Bereich ist aufgrund des hohen Aufwandes, der für belastbares Datenmaterial notwendig ist, zunächst nicht berücksichtigt worden. Der vorliegende Bericht ist ein Anfang. Wichtig ist weniger der Vergleich der Kommunen untereinander, sondern die Betrachtung der Entwicklung der eigenen Kommune im Zeitablauf. Wo stand die Kommune vor zehn Jahren – wo steht sie heute? Haben eigene Anstrengungen, Maßnahmen und Projekte erkennbare Wirkungen? In dieser Perspektive ist es wichtig, den Kern-Satz von Indikatoren dort zu ergänzen, wo es für die eigene Arbeit geboten ist. Die Diskussion darüber ist auch und gerade ein Thema der Lokalen Agenda.

Das Indikatorensystem

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATORENSYSTEME?

Das vorliegende Indikatorensystem wurde zwischen November 1999 und Juli 2000 entwickelt und getestet.

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen für die Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatorensystem. Das hier vorgestellte Indikatorensystem versucht sich an den Problemen zu orientieren, die bei Lokalen Agenda 21 – Prozessen eine zentrale Rolle spielen oder die in diesem Zusammenhang beachtet werden sollten.

Wozu dienen die Indikatoren und welche Funktion können sie im Rahmen der Kommunalpolitik übernehmen?

- sie können die Kommunikation über die Ziele der Nachhaltigkeit anregen;
 - sie ermöglichen eine kritische Auseinandersetzung über die Entwicklungen in der Gemeinde, der Stadt oder dem Landkreis;
 - sie können dabei behilflich sein, in einer Kommune deutlich zu machen, wo möglicherweise Handlungsbedarf besteht;
 - sie signalisieren außerdem, an welcher Stelle und in welcher Richtung Verbesserungen möglich sind;
 - sie helfen den Kommunalpolitikern bei der Identifizierung von Fortschritten in bezug auf ein bestimmtes Basisjahr oder gegenüber einem vereinbarten Ziel;
 - sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Regionen und Kommunen
- sie können Lücken in den vorhandenen Daten identifizieren;
 - sie helfen den Kommunen, Anstrengungen zu unternehmen, um die Lebensqualität in der Kommune zu erhöhen oder sicherzustellen;

Das vorliegende Indikatorensystem kann auch dazu beitragen, Themenfelder von nachhaltiger Entwicklung in der Gemeinde, der Stadt oder dem Landkreis zu identifizieren und damit das kommunale Leitbild zu konkretisieren. Es ist zudem ein Instrument zur Kommunikation über das Ziel der nachhaltigen Entwicklung und zur Identifizierung von Verflechtungen zwischen den einzelnen Indikatoren. Indikatorensystem können zudem Defizite ausweisen und damit Programme zur Umsetzung einer nachhaltigen Kommunalentwicklung fördern.

Situation in Ladenburg

Gründung:

Im Jahr 1996 hat der Gemeinderat der Stadt Ladenburg im Nachklang zur Umwelt- und Entwicklungs-Konferenz von Rio de Janeiro den Grundsatzbeschluss gefasst, das bürgerschaftliche Engagement in Ladenburg in Form einer Lokalen Agenda zu bündeln.

Am 12.12.2002 wurde die Lokale Agenda nach einem entsprechenden Aufruf durch den Bürgermeister in Ladenburg gegründet; sie hat sich den Namen „ZukunftswerkStadt Ladenburg“ gegeben. Ziel dieses Agenda-Prozesses ist es, die Entwicklung der Stadt Ladenburg in den unterschiedlichsten Bereichen unter Beachtung der Prinzipien „Zukunftsorientierung“ und „Nachhaltigkeit“ miteinander zu gestalten und dabei mit ökologischer Vorsicht, ökonomischer Weitsicht und sozialer Rücksicht zu handeln.

Arbeitskreise:

Bei der zweiten Plenumsveranstaltung im Januar 2003 haben sich die an der Mitwirkung Interessierten in Abhängigkeit ihrer Interessen und der sich daraus ergebenden Themenfelder zunächst in fünf Arbeitskreise eingeteilt.

Zwischenzeitlich gibt es 8 Arbeitskreise (AK's): Umwelt, Stadtentwicklung, Stadtmarketing, Bildung – Schulstadt Ladenburg, Tourismus, Kinder, Senioren und Berufsfindung. Außerdem wurde aus dem AK Senioren heraus der „Tauschring Ladenburg“ gegründet, welcher ebenfalls unter dem Dach der ZukunftswerkStadt arbeitet.

Alle Mitwirkenden beteiligen sich in unterschiedlichster Weise aktiv an der Stadtentwicklung.

Organisation:

Aufgrund der besonderen Stellung des Bürgermeisters als Leiter der Verwaltung, Repräsentant der Stadt und Bindeglied zum Gemeinderat, dessen Vorsitzender er ist, wird die ZukunftswerkStadt Ladenburg im Rahmen einer „Schirmherren-Funktion“ von ihm betreut.

Bei der Verwaltung wurde eine Geschäftsstelle für die ZukunftswerkStadt eingerichtet, die von einer Sachbearbeiterin beim Stadtbauamt neben ihren sonstigen Aufgaben geleitet wird. Die Geschäftsstelle der ZukunftswerkStadt ist neben der persönlichen Ansprache auch per Telefon, Fax, e-mail sowie über einen separaten Briefkasten im Rathaus erreichbar

Die ZukunftswerkStadt hat eine Internet-Präsentation entwickelt, die im Rahmen des Internetauftritts der Stadt Ladenburg dargestellt ist.

Auf Initiative der ZukunftswerkStadt und des Bürgermeisters wurde ein sogenannter Agenda-Beirat eingerichtet, der als gemeinsames Forum in der Schnittstelle zwischen dem Gemeinderat sowie seinen Ausschüssen und den Mitgliedern der ZukunftswerkStadt dient. Neben den jeweiligen Fraktionsvertretern sowie einem Einzelmitglied des Gemeinderats ist der Bürgermeister und die Geschäftsstelle der ZukunftswerkStadt ebenfalls im Agenda-Beirat vertreten.

Die ZukunftswerkStadt Ladenburg als Ganzes sowie ihre Arbeitskreise arbeiten vollkommen unabhängig; ihre Stellung ist autark.

Im Rahmen der Aktivitäten der ZukunftswerkStadt stellte sich bald heraus, dass die Rollenverteilung im Rahmen des Beziehungsgeflechts ZukunftswerkStadt (=engagierte Bürgerinnen und Bürger) - Gemeinderat - Verwaltung definiert und eine Vorgehensweise bezüglich der angemessenen Behandlung von Anregungen und Arbeitsergebnisse sowie der Projekte der ZukunftswerkStadt festgelegt werden muss.

Aus diesem Grund hat der Gemeinderat im Oktober 2004 eine Rahmenvereinbarung „Grundsätze zur Beziehung zwischen der ZukunftswerkStadt und dem Gemeinderat, seinen Ausschüssen bzw. Kommissionen sowie der Stadtverwaltung in Bezug auf Informationsfluss, die Möglichkeit zur Unterbreitung von Vorschlägen und die Gelegenheit zur Stellungnahme“ beschlossen.

Die wesentlichen inhaltlich relevanten Punkte der getroffenen Rahmenvereinbarung sollen hier nur kurz zusammengefasst werden: Um Informationen zu erhalten und gezielt arbeiten zu können, werden die AK's themenabhängig so früh wie möglich in agendarelevante Entscheidungsprozesse des Gemeinderates, d. h. zu Themen, die sich unmittelbar auf die ZukunftswerkStadt beziehen, eingebunden. Die Sprecher bzw. die Beauftragten der AK's erhalten daneben die Möglichkeit, im Rahmen eines vom

Situation in Ladenburg

Bürgermeister angesetzten Tagesordnungspunktes „Vorschläge aus der ZukunftswerkStadt“ Vorschläge vorzutragen und erhalten außerdem die Gelegenheit, themenabhängig bei Tagesordnungspunkten Stellung zu nehmen.

Die AK's werden von der Stadtverwaltung mit den für ihre Arbeit notwendigen Informationen versorgt. Die Stadtverwaltung informiert von sich aus über agendarelevante Angelegenheiten und steht den AK's für Anfragen zur Verfügung.

Wird ein Vorschlag eines AK von der Verwaltung direkt übernommen, fließt er in eine mit dem AK abgestimmte Beschlussvorlage an den Gemeinderat oder einen beschließenden Ausschuss ein.

Finanzierung der ZukunftswerkStadt bzw. deren Projekte:

Der Gemeinderat stellt für die ZukunftswerkStadt jährlich einen Haushaltsansatz zur Verfügung, der in erster Linie für allgemeine Geschäftsausgaben aufgrund der Betreuung der ZukunftswerkStadt bzw. ihrer AK's durch die Stadtverwaltung verwendet wird. Personalkosten für die Geschäftsstelle sowie sonstige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung werden ebenso wie Porto- und sonstige Sachkosten nicht verrechnet. Freie Mittel aus dem Ansatz können in Abstimmung mit den AK-Sprechern für die Projektarbeit der AK's verwendet werden.

Weitere Mittelbereitstellungen erfolgen im Rahmen der Möglichkeiten des städtischen Haushalts unter Beachtung gemeindehaushaltsrechtlicher Grundsätze und Zuständigkeiten.

Die AK's bemühen sich außerdem z.T. sehr erfolgreich, zur Finanzierung ihrer jeweiligen Projekte Spender oder Sponsoren zu gewinnen.

Arbeitskreise und ihre Projekte:

Arbeitskreis "Bildung-Schulstadt Ladenburg"

Dieser AK hat das Ziel, die Attraktivität des schulischen Angebotes in Ladenburg zu sichern. Neben den Themen Schule und Bildung befasst er sich mit der nachhaltigen Entwicklung der schulischen Einrichtungen in Ladenburg. Zusammen mit anderen AK's sollen infrastrukturelle Verbesserungsvorschläge, z.B. für Radwege und Radstellplätze, erarbeitet werden.

Ansprechpartner: Michael Vinar, Tel. 12226 oder vinar@web.de.

Arbeitskreis "Stadtmarketing"

Dieser AK will die Anziehungskraft Ladenburgs für Einwohner, Touristen, Industrie und Gewerbe erhöhen und dadurch Kaufkraft insbesondere in der Altstadt binden und stärken. Er möchte dazu alle relevanten Gruppen der Stadt einbeziehen und deren Zusammenarbeit untereinander verbessern.

Dafür hat der AK ein umfassendes, systematisches Konzept für das Stadtmarketing entwickelt, das es gilt, Schritt für Schritt umgesetzt zu werden. Aktuell ist sein Ziel, die durch das sogenannte Grünprojekt des Landes Baden-Württemberg (Veranstaltungszeit: 2005) gewonnene Attraktivität der Stadt zu erhalten und auszubauen.

Ansprechpartner: Dr. Ulrike Karg, Tel. 15689 oder ulrike.karg@t-online.de.

Arbeitskreis "Stadtentwicklung"

Sein Ziel ist die Erarbeitung von Vorschlägen und Konzepten zu aktuellen und zukünftigen Stadtentwicklungsthemen. Der AK beschäftigt sich u.a. mit der Bevölkerungssituation in Ladenburg (Wachstum-Stagnation-Rückgang), dem Verkehr (Verbesserung des ÖPNV / Individualverkehrs in Ladenburg), der Fortschreibung des Radwegeplans usw.

Ansprechpartner: Jürgen Borkowski, Tel. 930098 oder borkowskiburger@tiscali.de.

Arbeitskreis "Tourismus"

Ziele des AK's sind u.a. die Erhöhung des Bekanntheitsgrads Ladenburgs und die Steigerung der Attraktivität für Besucher. Projekte des AK's sind z. B. die Erstellung von Informationsmaterialien und deren Verteilung, die Organisation von Stadtführungen zur Begrüßung von Neubürgern (2 x jährlich) sowie die Verbesserung der behinderten-

Situation in Ladenburg

gerechten Gestaltung des öffentlichen Raums.

Ansprechpartnerin:
Ingrid Wagner, Tel. 13810 oder
ingridwagner42@web.de

Arbeitskreis "Umwelt"

Der AK beschäftigt sich mit vielen Themen rund um das Thema „Umwelt“. Die Großputzaktion „Ladeberg kehrt gekehrt“ wird auch zukünftig ein Projekt des AK's sein. Sein Engagement gilt daneben dem Einsatz von erneuerbaren Energien in Ladenburg, der Unterstützung der Stadt bei der Pflege und Betreuung der Pflanzkübel auf öffentlichen Flächen sowie der Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts.

Ansprechpartner: Fritz Lüns, Tel. 14642 oder f.luens@t-online.de.

Arbeitskreis "Berufsfindung"

Sein Ziel ist, Jugendliche bei der Berufswahl zu unterstützen und Wege aufzuzeigen, einen geeigneten Beruf zu finden. Projekte des AK's sind entsprechende Informations-Veranstaltungen, vorbereitende Maßnahmen zur Berufsfindung (z.B. Firmenbesuche) sowie der Aufbau eines regionalen Netzwerkes, bei dem alle Organisationen, die bei der Berufswahl/-findung mitwirken können, zusammenarbeiten, etc.

Ansprechpartnerinnen: Steffi Graef, Tel. 16463 oder steffi-graef@web.de, Dr. Ulrike Karg, ulrike.karg.@t-online.de und Martina Schmidt, Tel.: 70470.

Arbeitskreis "Kinder"

Der Arbeitskreis will die verschiedenen Angebote für Kinder aufzuzeigen (z.B. durch die Broschüre „Was gibt's für Kids?“) und zu verbessern. Projekte sind die Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Schulanfang, die Weiterentwicklung bestimmter Spielplätze sowie die Neuauflage der Broschüre „Was gibt's für Kids?“

Ansprechpartnerinnen: Britta Kautz, Mail: britta.kautz@gigaton.de
Tel.:3924 und Antje Steinmetz-Beck, Tel. 14389 oder antjestein@gmx.de.

Arbeitskreis „Jugend“

Der AK „Jugend“ war mit der Gründung eines Jugendgemeinderats in Ladenburg beschäftigt. Zwischenzeitlich ist der Jugendgemeinderat aktiv, entwickelt verschiedene jugendrelevante Projekte und befasst sich mit den für diese Altersgruppe spezifischen Themen aus allen Facetten der Stadtpolitik und -entwicklung.

Ansprechpartner: Joachim Kolb, Tel.: 16275 oder info@diekiste.info.

Arbeitskreis „Senioren“

Die Gruppe, die bereits vor der Bildung der ZukunftswerkStadt gegründet wurde, umfasst Vertreterinnen von Ladenburger Vereinen und Organisationen, die senioren-spezifische Interessen vertreten. Inzwischen haben sie sich zu einem AK der ZukunftswerkStadt zusammengeschlossen.

Ansprechpartnerin: Regina Dietrich, Tel. 13069 oder regina@dietrich-fam.de.

Tauschring Ladenburg:

Der Tauschring Ladenburg hat sich aus dem ehemaligen AK Soziales gegründet. Nähere Informationen gibt es unter www.tauschring-ladenburg.de

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass sich das bürgerschaftliche Engagement in Ladenburg nicht in der Mitwirkung in der ZukunftswerkStadt erschöpft. Es gibt vielmehr viele weitere gemeinnützige Organisationen und Initiativen, die in gleichem Atemzug mit der ZukunftswerkStadt zu nennen sind. Dazu gehören z. B. die zahlreichen Fördervereine wie der „Förderverein Freibad Ladenburg“, die „Freunde und Förderer der Stadtbibliothek“, der „Freundeskreis der städtischen Musikschule“, die Schulfördervereine und nicht zuletzt der „Heimatbund“, um hier beispielhaft nur diejenigen aufzuzeigen, die sich um die Förderung städtischer Einrichtungen verdient gemacht haben. Eine besondere Bedeutung hat im Prozess der „Lokalen Agenda“ in Ladenburg der Partnerschaftsverein Garango-Ladenburg, der die seit 1983 währende Partnerschaft mit der Region Garango im afrikanischen Staat Burkina Faso überaus positiv prägt.

Situation in Ladenburg

Weiterentwicklung bzw. Zukunftsausblick:

Die ZukunftswerkStadt Ladenburg ist als eine wichtige Plattform des bürgerschaftlichen Engagements sowohl Ideenschmied und Impulsgeber als auch Garant für die Umsetzung gemeinnütziger Projekt. Sie hat einen wesentlichen Anteil an der positiven Gestaltung der kommunalen Gemeinschaft.

Auch die ZukunftswerkStadt bleibt leider nicht vom Mitgliederschwund verschont. Deshalb bemühen sich die einzelnen Arbeitskreise immer wieder eigenständig darum, neu Mitglieder zu gewinnen. Auch wird durch verschiedene gezielte Aktionen, wie z. B. der Erstellung und Verbreitung eines Werbeflyers, die Durchführung eines Agendafestes, die Beteiligung am Ladenburger Bürgertag u.v.m. angestrebt, die Bevölkerung zu informieren und für die Aktivitäten der verschiedenen Arbeitskreise neugierig zu machen.

In Deutschland bestehen derzeit in etwas mehr als 2000 Kommunen „Lokale Agenden 21“, also gerade einmal in ca. 15% aller deutschen Gemeinden und Städte. Aber selbst in diesen Kommunen wirkt nur ein kleiner Teil der Bevölkerung am jeweiligen Entwicklungsprozess aktiv mit. Angesichts der Tatsache, dass die zukünftigen Entwicklungen in den Kommunen nicht nur von vitalem Interesse für alle Bürgerinnen und Bürger sind, sondern

grundsätzlich auch ein interessantes und spannendes Beobachtungsfeld darstellen, ist dies eine bedauerliche, letztlich sogar unerwartete Situation, der man in Ladenburg entgegen zu steuern versucht.

Die Indikatoren

OKOLOGIE

- A1 Geringe Abfallmengen**
Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner
- A2 Möglichst niedrige Luftverschmutzung**
Veränderung des Bestandes an Flechten
- A3 Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen**
Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche
- A4 Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen**
Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Einwohner und Tag
- A5 Möglichst niedriger Energie-Einsatz**
Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Einwohner
- A6 Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität**
Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner

ÖKONOMIE

- B1 Gleichmäßige Verteilung von Arbeit**
Arbeitslosenquote (differenziert nach Frauen und Männern)
- B2 Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad**
Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt
- B3 Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur**
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen
- B4 Hohe Preisniveaustabilität**
Preisindex der Mieten
- B5 Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte**
Kommunale Schulden je Einwohner in DM (1995 = 100)
- B6 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes**
Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

Die Indikatoren

GESELLSCHAFT/SOZIALES

- C1 Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen**
Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Einwohner
- C2 Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung**
Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- C3 Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur**
Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Einwohner und Wanderungssaldo
- C4 Hohes kulturelles Angebot**
Anzahl der Teilnehmer an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Einwohner
- C5 Hohes Gesundheitsniveau**
Anteil der übergewichtigen Kinder gemäß Schuleingangsuntersuchungen
- C6 Hohes Sicherheitsniveau**
Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

- D1 Hohes ehrenamtliches Engagement**
Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Einwohner
- D2 Hohes demokratisches Engagement**
Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament
- D3 Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit**
Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D4 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben**
Anteil der Frauen im Kommunalparlament
- D5 Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen**
Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts
- D6 Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess**
Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner

Geringe Abfallmengen

A
1.1

INDIKATOR: Siedlungsabfälle in Tonnen

Ö
K
O
L
O
G
I
E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, ferner Grün- und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Produktionsabfälle und Sondermüll zählen ebenso wenig zu den Siedlungsabfällen wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.

– ZIELSETZUNG

Eine möglichst niedrige Abfallmenge spricht für eine besonders nachhaltige Wirtschaft: Die Stoffströme sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls. Dennoch – eine gewisse Vorsicht ist am Platz: Die Recyclingrate kann eine gewisse Entlastung schaffen und muss zur Interpretation der absoluten Zahlen des Abfallaufkommens mit herangezogen werden. Dennoch: In hochentwickelten Ländern kann in den nächsten Jahren eine Zielsetzung in einer deutlichen Reduktion des Abfallaufkommens pro Kopf bestehen.

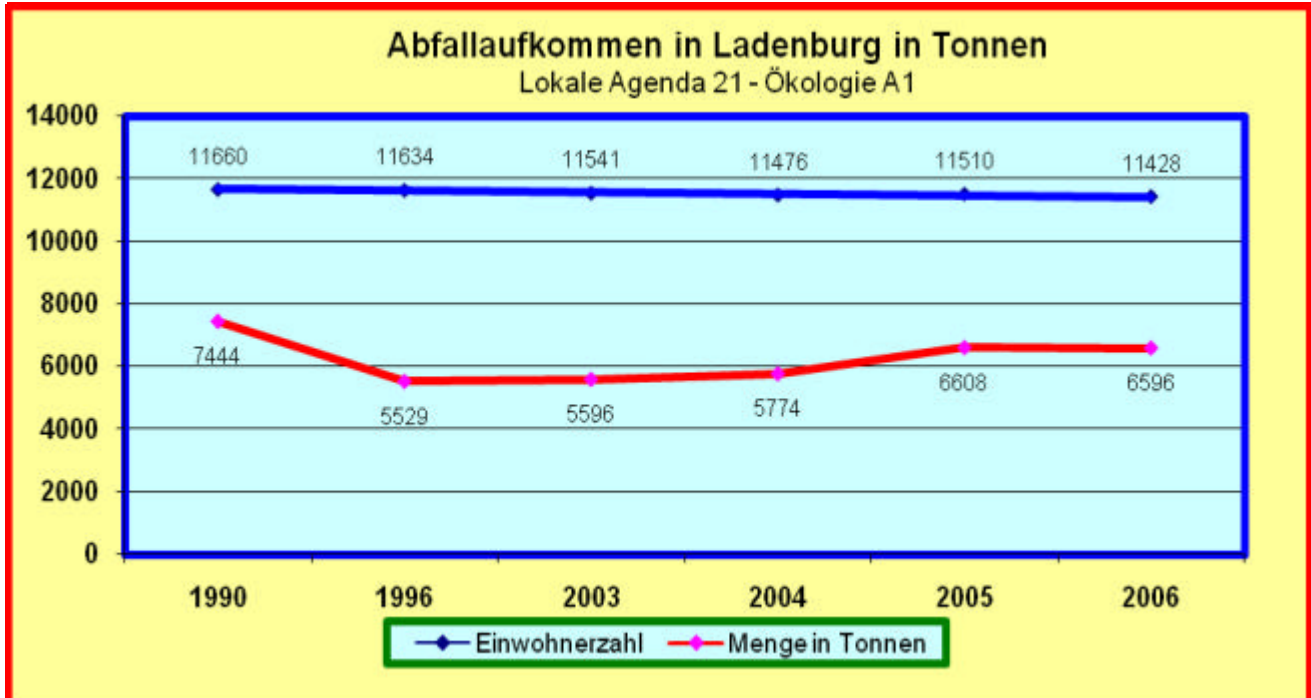


– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Bei fast gleicher Bevölkerungszahl ist das Abfallaufkommen nach einem Niedrigstand zwischen 1996 und 2003 seit 2004 wieder in einer Steigerungsphase, bleibt jedoch seit 2005 in etwa konstant.

Es sollte daher bei der Bevölkerung beim Einkauf von Waren von vornherein auf weniger Verpackungsmaterial Wert gelegt werden.

Siedlungsabfälle



Geringe Abfallmengen

A
1.2

INDIKATOR: Siedlungsabfälle in Prozenten

Ö K O L O G I E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, ferner Grün- und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Produktionsabfälle und Sondermüll zählen ebensowenig zu den Siedlungsabfällen wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.

Siedlungsabfälle

Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

– ZIELSETZUNG

Eine möglichst niedrige Abfallmenge spricht für eine besonders nachhaltige Wirtschaft: Die Stoffströme sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls. Dennoch – eine gewisse Vorsicht ist am Platz: Die Recyclingrate kann eine gewisse Entlastung schaffen und muss zur Interpretation der absoluten Zahlen des Abfallaufkommens mit herangezogen werden. Dennoch: In hochentwickelten Ländern kann in den nächsten Jahren eine Zielsetzung in einer deutlichen Reduktion des Abfallaufkommens pro Kopf bestehen.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Bei fast gleicher Bevölkerungszahl ist das Abfallaufkommen nach einem Niedrigstand zwischen 1996 und 2003 jetzt wieder in einer Steigerungsphase.

Es sollte daher bei der Bevölkerung beim Einkauf von Waren von vornherein auf weniger Verpackungsmaterial Wert gelegt werden.

Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

A3

INDIKATOR: Bodenflächen nach Nutzungsarten
in % der Gesamtfläche

ÖKOLOGIE

– DEFINITION DES INDIKATORS

Die laufenden Flächenerhebungen der Statistischen Landesämter weisen unter anderem die folgenden wichtigsten Kategorien aus: Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich zusammen aus Gebäudeflächen und unbebauten Freiflächen, die den Zwecken der Gebäude untergeordnet sind, den Betriebsflächen, die überwiegend gewerblich oder industriell genutzt werden, den Erholungsflächen, etwa Sportplätzen, und den unbebauten, aber versiegelten Flächen, die dem Straßen-, Schienen- und Luftverkehr dienen. Landwirtschaftliche Flächen werden für Ackerbau, Wiesen- oder Weidewirtschaft, Garten- oder Weinbau genutzt. Als natürliche Flächen werden Wasser- und Waldflächen getrennt ausgewiesen. Unter Flächen anderer Nutzung werden schließlich Übungsgelände, Schutzflächen wie Deiche, Dämme und Lärmschutzwälle, historische Flächen, Friedhöfe und das sogenannte „Unland“ zusammengefasst: Letzteres sind unbebaute Flächen, die nicht geordnet genutzt werden, wie Felsen oder stillgelegtes Abbauand.

– ZIELSETZUNG

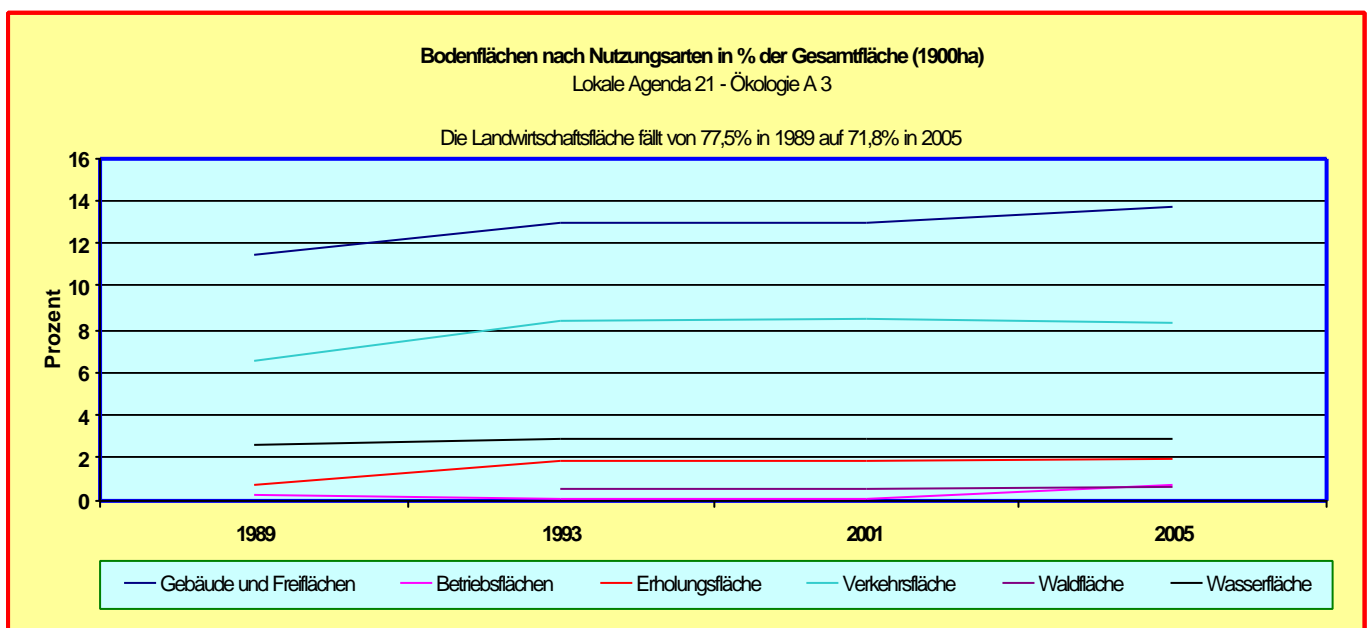
Dass Menschen zum Wohnen und Arbeiten Häuser brauchen und Straßen, Wege und Plätze, um von einem Ort zum anderen zu kommen, ist unbestritten. Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche -wie auch der Anteil der Betriebsfläche- kann nicht unter einen bestimmten Prozentsatz fallen, sonst können die Menschen, die in dieser Region leben, ihre Grundbedürfnisse nicht angemessen befriedigen. Aber wenn dieser Anteil über einen bestimmten Prozentsatz steigt, kommt die Natur immer weniger zu ihrem Recht – und das wirkt sich wiederum negativ auf die Lebensqualität aus. Ein steigender Flächenverbrauch ist oft ein Ausdruck dafür, „Kosten des Fortschritts“ nicht zu bezahlen, sondern kommenden Generationen zu überlassen. Eine Zielsetzung könnte hier zumindest in einer Begrenzung des weiteren Anstiegs des Flächenverbrauchs bestehen.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die größte Fläche von über 70% fällt auf die Landwirtschaft und ist in diesem Diagramm nicht vermerkt. Bei den Gebäude- und Freiflächen sowie bei den Verkehrsflächen ist von 1989 bis 1993 ein leichter Anstieg zu vermerken, bleibt aber dann nahezu konstant. Erfreulich ist der Anstieg von 1989 bis 1993 bei den Erholungsflächen von 0,8% auf knapp 2%. Diese Fläche hat sich mehr als verdoppelt und trägt damit viel zu einem guten Wohn- und Lebenskomfort in Ladenburg bei. Es ist zu überprüfen, ob ab 2005 (Grünprojekt) eine weitere Steigerung dieses Flächenparameters zu verzeichnen ist. Alle Kurven zeigen jedoch ab 1993 ein relativ konstantes Verhalten.

Bodenflächen nach Nutzungsarten



Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

A
4.1

INDIKATOR: Wasserverbrauch
der privaten Haushalte in l/Ew*d

ÖKOLOGIE

– DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag (l/Ew*d). In der Statistik ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen enthalten, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.

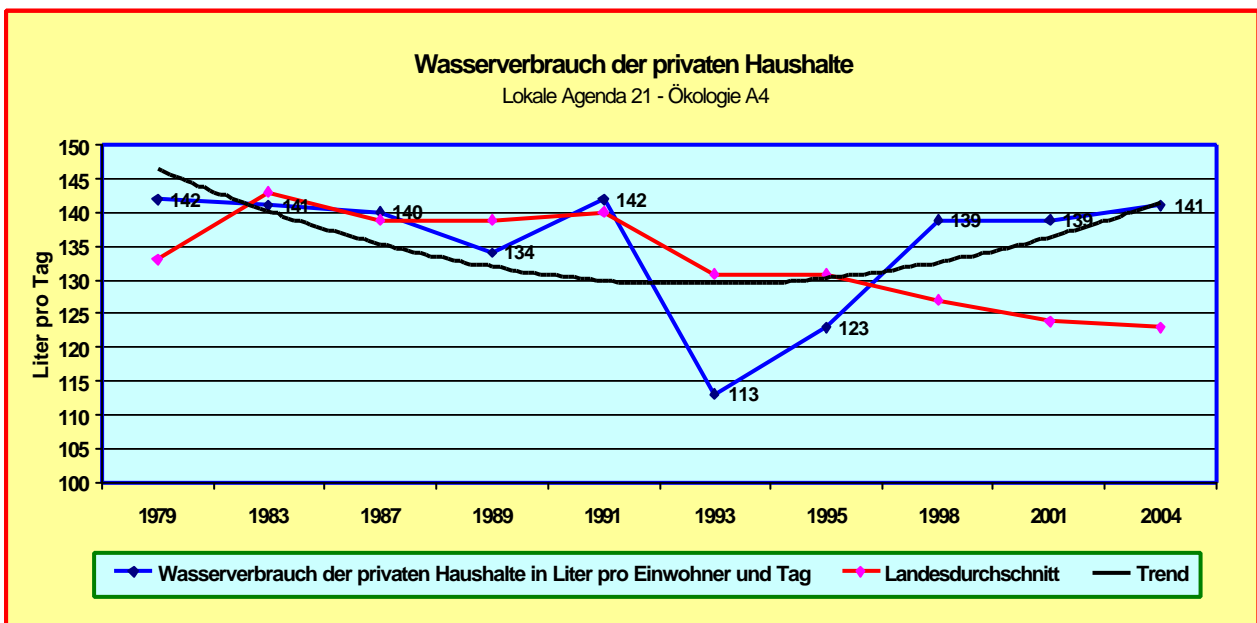
– ZIELSETZUNG

Ein steigender Wasserverbrauch im Bereich privater Haushalte kann durch eine Veränderung der Verhaltensmuster und Konsumgewohnheiten verursacht werden. Beim Wasserverbrauch ist jedoch derzeit kaum eine klare Tendenz auszumachen – Haushalte, Dienstleistungsunternehmen und Kleingewerbe verbrauchen heute etwa so viel wie vor zwanzig Jahren, wobei es Schwankungen von Jahr zu Jahr bis zu 20% gibt. Auch gibt es von Kommune zu Kommune große Unterschiede; die zum Teil auf Sondereffekte zurückzuführen sind, die beispielsweise in Kurstädten und Fremdenverkehrsregionen zum Tragen kommen. Eine Stabilisierung des Wasserverbrauchs auf 100 l/Ew*d wäre jedoch eine vertretbare Größe.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Während landesweit der Pro-Kopf-Verbrauch stetig sinkt, steigt der Wasserverbrauch in Ladenburg nach einem Minimumverbrauch von 113 ltr Mitte der 90iger Jahre wieder auf über 140 ltr. Andere Kommunen in der Region zeigen sowohl eine ähnliche aber auch gleichbleibende bzw. steigende Tendenz. Warum es in Ladenburg diesen kräftigen Knick gab, muss noch ermittelt werden. Evtl. wurden in diesem Zeitabschnitt andere Ermittlungsdaten zugrunde gelegt.



Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

A
4.2

INDIKATOR: Wasserverbrauch
Vergleich Wasserförderung und Wasserverbrauch in cbm

Ö K O L O G I E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag (l/Ew*d). In der Statistik ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen enthalten, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.

– ZIELSETZUNG

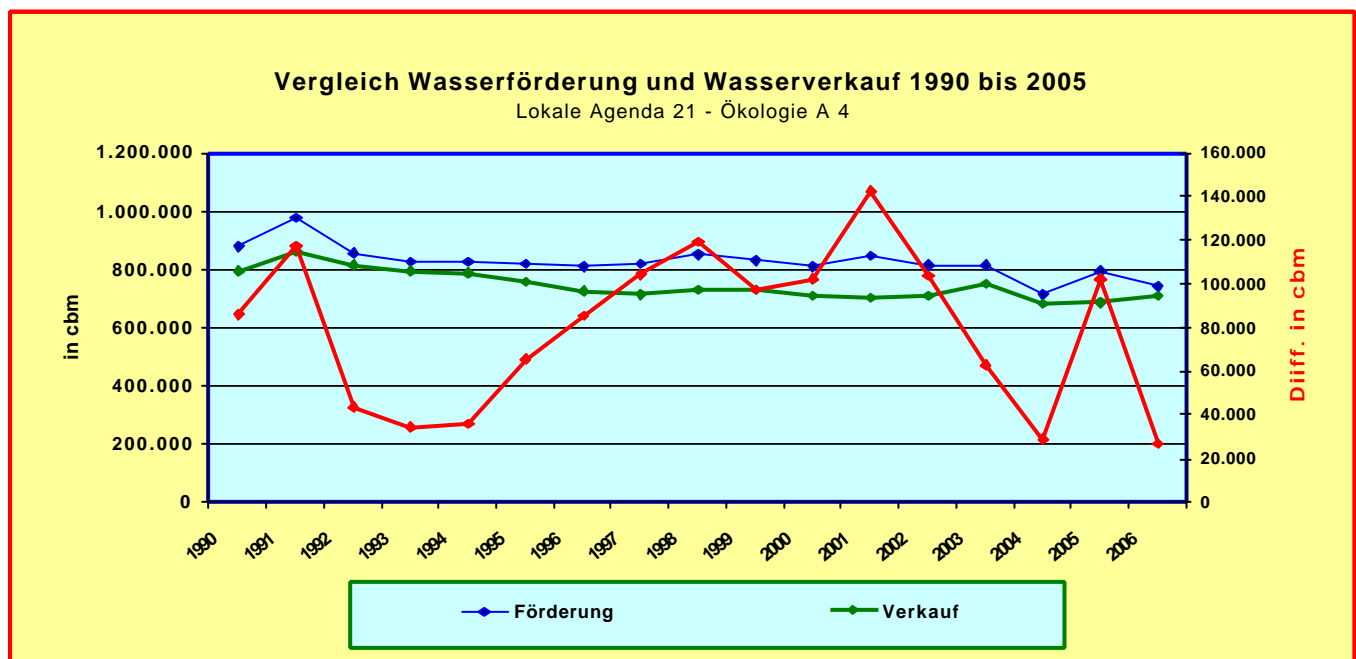
Ein steigender Wasserverbrauch im Bereich privater Haushalte kann durch eine Veränderung der Verhaltensmuster und Konsumgewohnheiten verursacht werden. Beim Wasserverbrauch ist jedoch derzeit kaum eine klare Tendenz auszumachen – Haushalte, Dienstleistungsunternehmen und Kleingewerbe verbrauchen heute etwa so viel wie vor zwanzig Jahren, wobei es Schwankungen von Jahr zu Jahr bis zu 20% gibt. Auch gibt es von Kommune zu Kommune große Unterschiede; die zum Teil auf Sondereffekte zurückzuführen sind, die beispielsweise in Kurstädten und Fremdenverkehrsregionen zum Tragen kommen. Eine Stabilisierung des Wasserverbrauchs auf 100 l/Ew*d wäre jedoch eine vertretbare Größe.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Erstaunlich sind die zum Teil doch sehr großen Abweichungen sowohl in positiver als auch in negativer Richtung. Ursachen hierfür können Wasserrohrbrüche sein, deren Behebung sich anschließend durch eine niedrigere Differenz zwischen Förderung und Verbrauch auszeichnet. In wieweit sich das Grünprojekt durch nicht gezählten Verbrauch beim Gessen von Pflanzen auswirkt, muss noch untersucht werden.

Wasserförderung und Wasserverbrauch



Möglichst niedriger Energie-Einsatz

A
5.1

INDIKATOR: Energieverbräuche
Bauhof

Ö
K
O
L
O
G
I
E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Energieverbrauch von 1998 bis 2004, bei dem sich signifikante Änderungen ab 2002 ergeben haben.

– ZIELSETZUNG

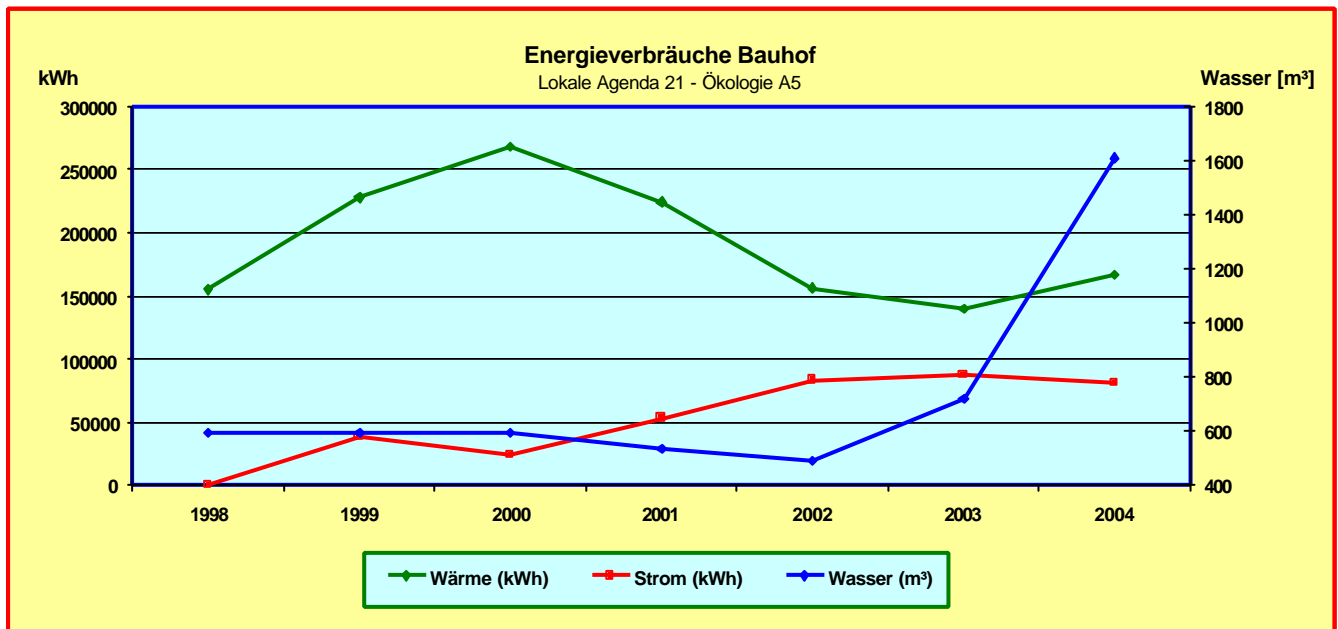
Der durchschnittliche Stromverbrauch ist in der Bundesrepublik von 1.524 kWh pro Einwohner im Jahr 1992 auf 1.638 kWh pro Einwohner im Jahr 1998 angestiegen. Dieser Anstieg ist zu einem gewissen Teil durch eine Verlagerung von anderen Energieformen auf den Stromverbrauch zu erklären. Doch diese Entwicklung macht auch deutlich, dass Energieeinsparung in absehbarer Zeit die beste Energiequelle bleiben wird. Im Rahmen von Lokalen Agenda-Prozessen ist die Formulierung lokaler Energieversorgungskonzepte ein wichtiges Instrument zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Energiesystems. Eine Absenkung des Stromverbrauchs (um etwa 30%) wäre jedoch machbar und in jedem Fall ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der hohe Anstieg im Verbrauch von Wasser und Strom besonders ab 2003 beruht auf den notwendigen Maßnahmen zur Filterung des durch Altlasten verunreinigten Grundwassers mit eigens dafür dauernd laufenden Pump-Aggregaten. Ab wann diese Aggregate abgeschaltet werden können, hängt von dem Zeitpunkt des Umbaus des Geländes in 2008 ab.

Energieverbrauch im Bauhof



Möglichst niedriger Energie-Einsatz

A5.2

INDIKATOR: Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh je Einwohner

ÖKOLOGIE

– DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Stromverbrauch je Einwohner und Jahr. In der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.

– ZIELSETZUNG

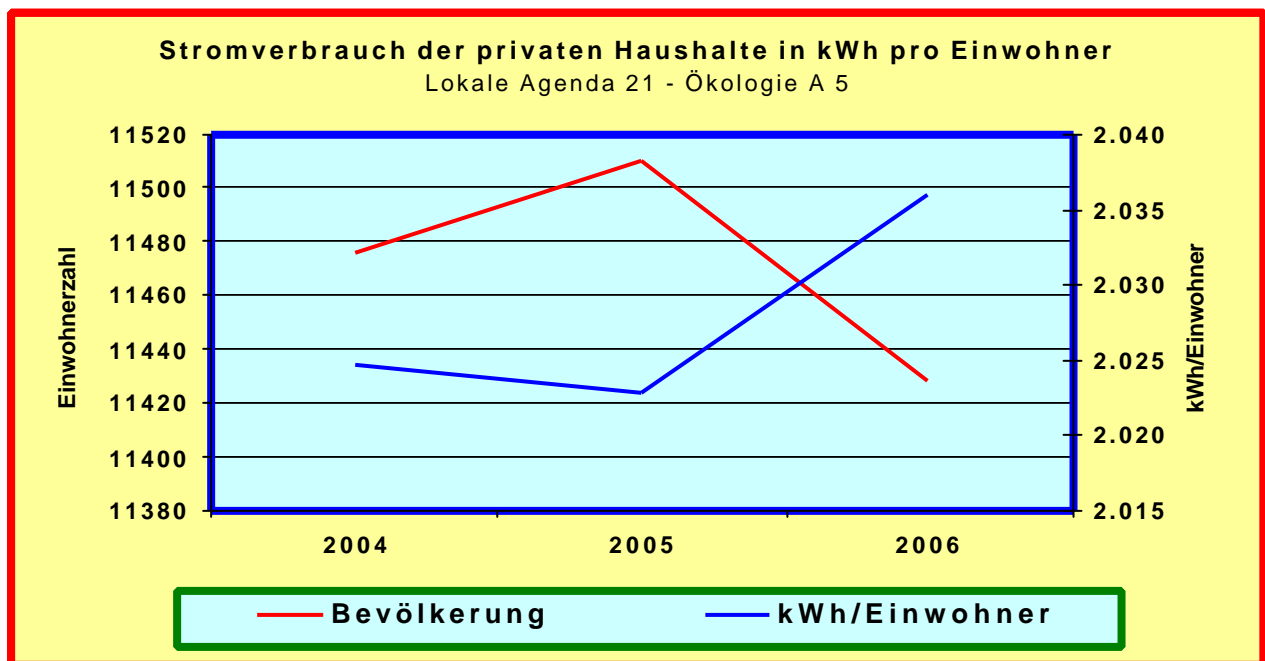
Der durchschnittliche Stromverbrauch ist in der Bundesrepublik von 1.524 kWh pro Einwohner im Jahr 1992 auf 1.638 kWh pro Einwohner im Jahr 1998 angestiegen. Dieser Anstieg ist zu einem gewissen Teil durch eine Verlagerung von anderen Energieformen auf den Stromverbrauch zu erklären. Doch diese Entwicklung macht auch deutlich, dass Energieeinsparung in absehbarer Zeit die beste Energiequelle bleiben wird. Im Rahmen von Lokalen Agenda-Prozessen ist die Formulierung lokaler Energieversorgungskonzepte ein wichtiges Instrument zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Energiesystems. Eine Absenkung des Stromverbrauchs (um etwa 30%) wäre jedoch machbar und in jedem Fall ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Kurven zeigen wegen der Maßstabswahl ein sehr überspitztes Verhalten, wodurch jedoch deutlich gemacht wird, dass in 2005 der Stromverbrauch pro Einwohner leicht gefallen ist bei etwas ansteigender Bevölkerungszahl. Betrachtet man jedoch die Stromverbrauchszahlen alleine, so kann man doch ein relativ konstantes Verhalten feststellen. Es wäre gut gewesen mehr Informationen aus der Vergangenheit zu bekommen, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch noch nicht möglich war.

Stromverbrauch der privaten Haushalte



Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität

A
6.1

INDIKATOR: Anzahl der Pkw pro 1.000 Einwohner



Ö K O L O G I E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird der Bestand der Pkw, differenziert nach Schadstoffklassen, wobei nicht zwischen angemeldeten und vorübergehend stillgelegten Fahrzeugen unterschieden wird. Mopeds und Kraftäder bleiben unberücksichtigt.

– ZIELSETZUNG

Die Entwicklung im motorisierten Individualverkehr der letzten Jahrzehnte kann nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Es gibt kaum ein anderes Techniksystem, das in so vielen Bereichen Schäden anrichtet. Doch ist es auch nicht hilfreich, das Auto pauschal zu verteufeln. Ziele müssen regional und lokal angepasst formuliert werden, da sich geografische Gegebenheiten, die örtliche Infrastruktur und nicht zuletzt die Siedlungsdichte erheblich unterscheiden. Generell kann jedoch eine Zielhierarchie formuliert werden: Überflüssige Fahrten sollten vermieden werden, die restlichen Verkehrsleistungen sollten so weit wie möglich auf den Öffentlichen Personennverkehr, auf Fahrräder oder die eigenen Füße verlagert werden. Der dann noch notwendige Pkw-Verkehr sollte, wo es aus Gründen der Sozialverträglichkeit notwendig ist, verlangsamt und vor allem technisch optimiert werden.

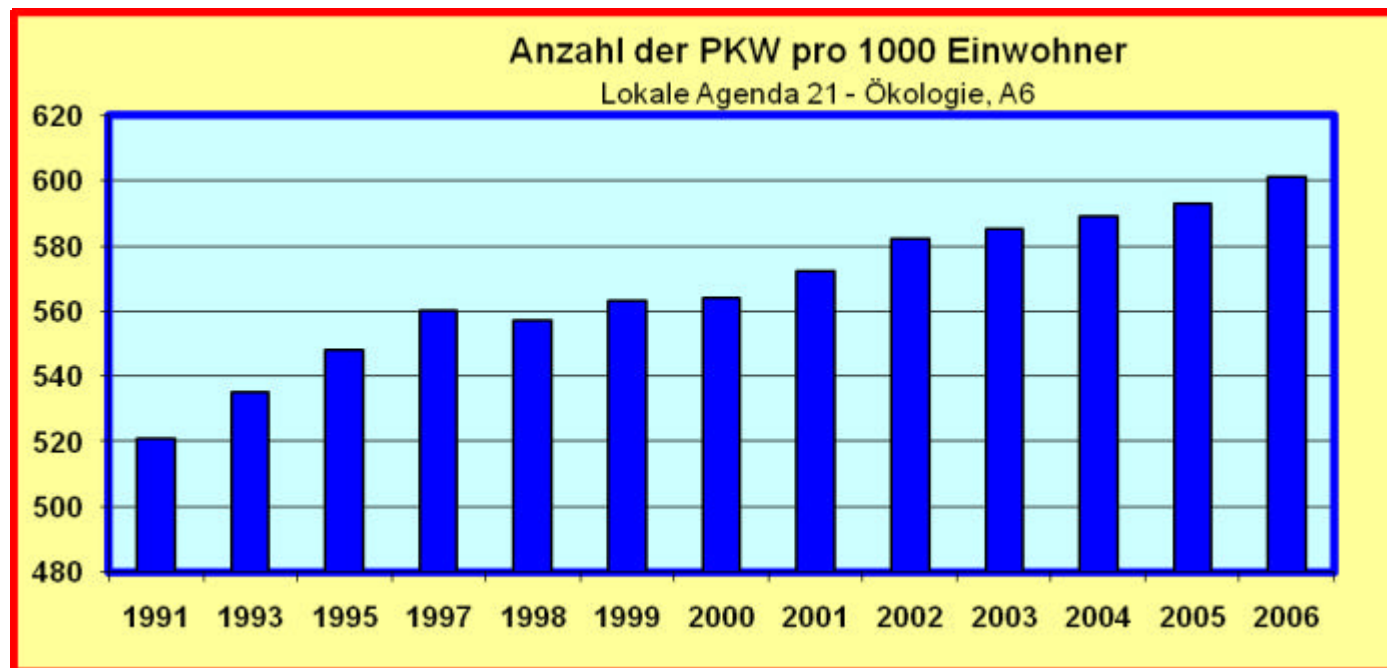
– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Kraftfahrzeugdichte in Ladenburg ist von 1991 bis 2003 um ca. 13,8% gestiegen.

Mit 593 Pkw auf 1000 Einwohner liegt Ladenburg aber nur leicht (ca. 5%) über dem Landesdurchschnitt von 564 Pkw.

Für eine Kommune wie Ladenburg, deren Einwohner zu einem guten Teil Berufspendler sind, ist dies ein fast akzeptabler Wert. Dies gilt auch im Hinblick auf den noch nicht optimalen ÖPNV, der sicherlich in der Lage wäre, die Anzahl der PKW zu reduzieren, um unter den Landesdurchschnitt zu kommen und um den Schadstoffausstoß zu verringern.

Anzahl der Pkw



Gleichmäßige Verteilung von Arbeit

B
1.1

INDIKATOR: Arbeitslosenquote differenziert nach Frauen und Männern

Ö
K
O
N
O
M
I
E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Mit der Arbeitslosenquote wird der Anteil der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) gemessen, ausgedrückt in Prozent. Die Differenzierung nach Frauen und Männern erlaubt Aussagen über geschlechtsspezifische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Arbeitslosenquote

Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

– ZIELSETZUNG

Eine hohe Arbeitslosigkeit verändert die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region entscheidend: Die Zahl von Sozialhilfe-Empfängern und Obdachlosen steigt in der Regel an, mit Arbeitslosigkeit sind oft auch psychosoziale Probleme verbunden. Während von Mitte der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre die Arbeitslosenquote bundesweit deutlich unter 2% lag, hat sie sich seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. Als Ziel wäre für eine nachhaltige Gesellschaft anzustreben, dass jeder Erwerbswillige Zugang zu einem Arbeitsplatz gemäß seiner Qualifikation hat – und Frauen und Männer sollten von Arbeitslosigkeit, sofern sie überhaupt auftritt, gleichermaßen betroffen sein.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Seit fast 10 Jahren zeichnet sich eine rückläufige Tendenz der Arbeitslosen in Ladenburg ab. Lediglich in den Jahren 2002 bis 2004 stieg die Zahl wieder leicht an, was allerdings auch in der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik begründet ist. Ab 2004 nimmt die Zahl wieder ab und hat bereits fast den Niedrigstand von 2002 erreicht.

Im Verlauf der Kurven zeigt sich kein wesentlicher Unterschied, ob es sich um arbeitslose Frauen oder Männer handelt. Nur der Anteil der männlichen Arbeitslosen ist etwas höher als bei den Frauen.

Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

B 3.1 **INDIKATOR: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen**

Ö K O N O M I E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Der Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Die Statistischen Landesämter unterscheiden drei Wirtschaftsbereiche, nämlich

- (1) Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Bergbau (**primärer Sektor**)
- (2) produzierendes Gewerbe (**sekundärer Sektor**) sowie
- (3) Handel und Verkehr sowie sonstige Dienstleistungen (**tertiärer Sektor**). Stichtag für die jeweilige Erhebung ist der 30. Juni eines jeden Jahres.

– ZIELSETZUNG

1998 arbeiteten in Deutschland 1,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, 38,8% im produzierenden Gewerbe und 59,8% im Dienstleistungsbereich. In einer nachhaltigen Gesellschaft sollte jedoch versucht werden, den tertiären Sektor nicht zu Lasten des primären und sekundären Sektors zu stärken, sondern auf eine harmonische Entwicklung der drei Sektoren zu achten. Je weniger sich eine Region nur auf den Ausbau von Dienstleistungsbranchen konzentriert und statt dessen ein potentielles Gleichgewicht zwischen sekundärem und tertiärem Sektor zu erzielen versucht, ohne den primären Sektor zu vernachlässigen, desto geringer ist künftig deren wirtschaftliche Anfälligkeit.

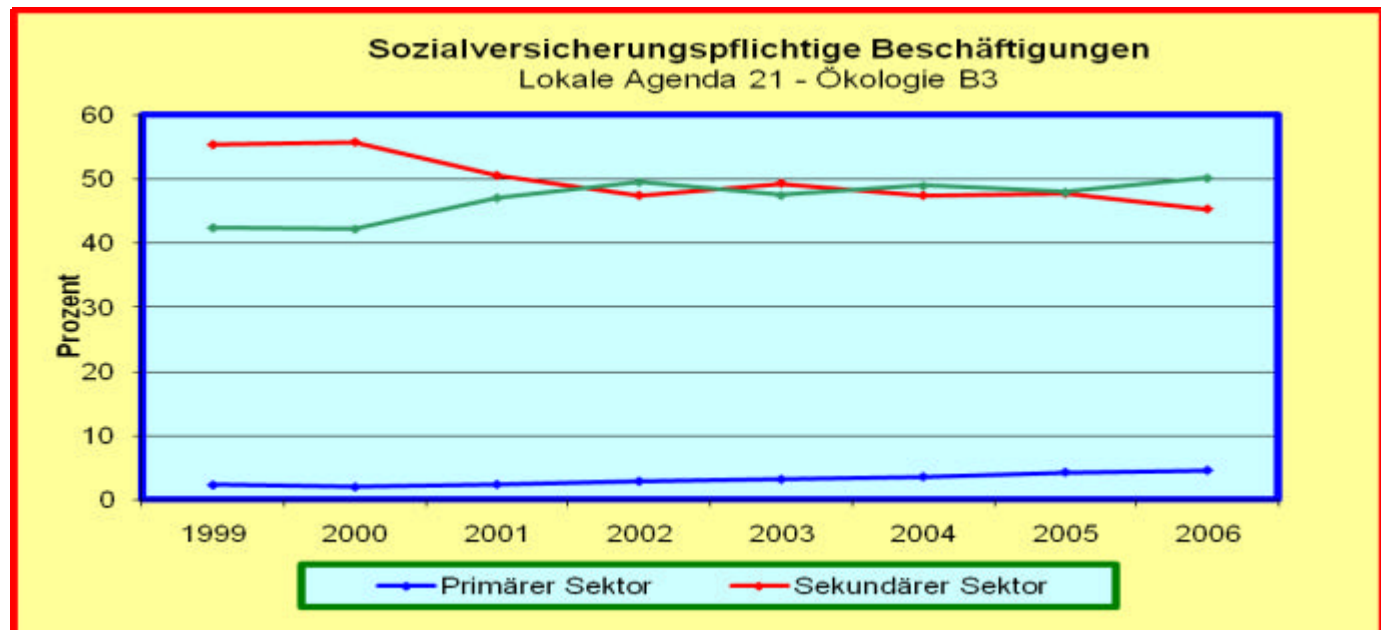


– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Ladenburg zeigt ein gesundes Verhalten zwischen den **primären** und **sekundären** Sektoren, deren prozentuale Verteilung ab ca. 2001 nahezu gleich zwischen 47% und 50% schwankt.

Beim **primären** Sektor gibt es jedoch einen stetigen Anstieg von 2,3% auf knapp 5% in den letzten 6 Jahren.

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten



Hohe Preisniveaustabilität

B
4.1

INDIKATOR: Bodenrichtwerte

Ö K O N O M I E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Mietspiegel werden in der Bundesrepublik bislang nur in wenigen Gemeinden erstellt. Darüber hinaus weicht die Methode, mit der standardisiert Informationen über die Entwicklung von Mieten erarbeitet werden, von Gemeinde zu Gemeinde zum Teil sehr stark voneinander ab. Für diesen Indikator wurde daher ein eigenes Berechnungsverfahren für einen Mietpreis-Index entwickelt.

– ZIELSETZUNG

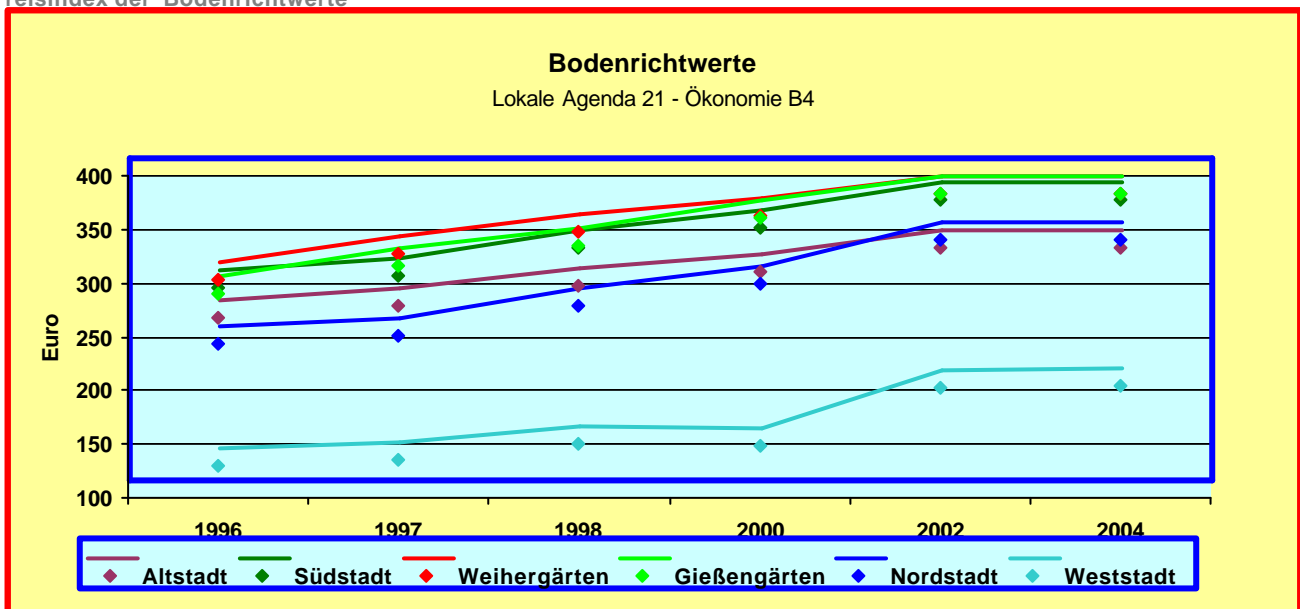
Es kommt darauf an, dass sich die Mietpreise nicht allzu sehr von der allgemeinen Preisentwicklung abkoppeln. Die Zunahme der Einpersonenhaushalte führt zu einem steigenden Bedarf nach Wohnungen und zu damit verbundenen Mietpreiserhöhungen. Noch immer zeigen sich bei den Wohnungsmieten oftmals hohe Teuerungsraten. Es ist zunächst anzustreben, dass diese Teuerungsrate nicht über dem Schnitt der allgemeinen Teuerungsrate liegt. Ein generelles Ziel für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine verlässliche langfristige Kalkulationsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger und damit insgesamt möglichst niedrige Teuerungsraten.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Während sich die Preissteigerungen im betrachteten Zeitraum in der Altstadt, Südstadt und Weihergärten bei ca. 25% lagen, ergeben sich in den anderen Stadtgebieten zum Teil erheblich größere Werte: Gießengärten: 32%, Nordstadt: 40%, Weststadt: 58%. Positiv zu vermerken ist, dass ab 2002 offenbar keine weiteren Erhöhungen vorgenommen wurden und somit für Bauinteressenten eine bessere Kalkulationsbasis geschaffen ist. Wer bauen will, sollte sich in der Weststadt nach noch evtl. vorhandenen Bauplätzen (z. Bspl. Hockenwiese) umsehen.

Preisindex der Bodenrichtwerte



Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B
5.1

INDIKATOR: Kommunale Schulden je Einwohner in Euro

Ö K O N O M I E

– DEFINITION DES INDIKATORS

Kommunale Schulden sind alle am Ende eines Jahres bestehenden Schulden bei inländischen Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen, der Sozialversicherung sowie im Ausland direkt aufgenommene Darlehen. Außerdem zählen dazu Wertpapiersschulden wie Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen und Kassenobligationen, für die Gebietskörperschaften Schuldner sind.

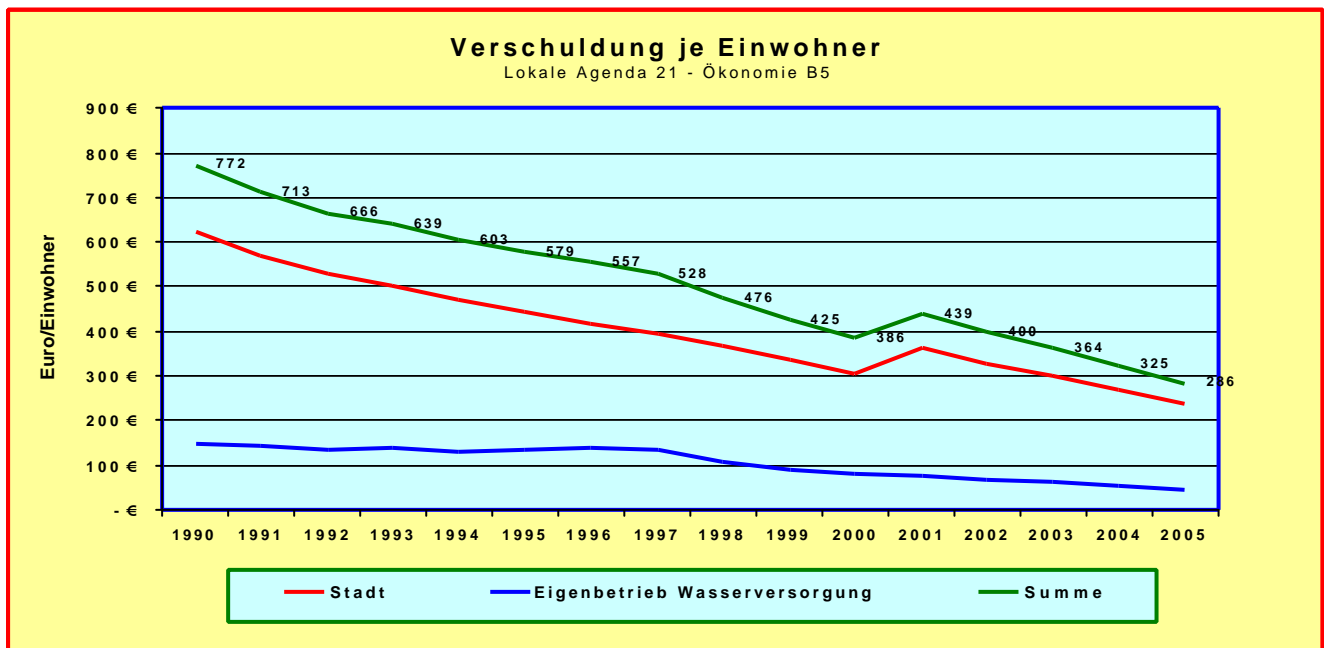
– ZIELSETZUNG

Die kommunalen Schulden werden künftige Generationen belasten. Bei einer steigenden Schuldenbelastung der Einwohner kann dies letztlich dazu führen, dass die Kommunen als Folge der wachsenden Zinszahlungen weniger Handlungsspielräume haben, um beispielsweise Sozialleistungen zu gewähren und umweltpolitische Maßnahmen durchzuführen. Daher sollte ein weiterer Anstieg der kommunalen Schulden nach Möglichkeit vermieden, in günstigen Fällen die Schulden wieder abgebaut werden. Bei der Bewertung der jeweiligen Indikatorwerte sollte zudem analysiert werden, wofür die aufgenommenen Kredite in der Vergangenheit verwendet wurden und ob es sich bei den damit getätigten Ausgaben um Investitionen im Sinne der Nachhaltigkeit handelt.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Entwicklung der kommunalen Schulden entspricht in der Tendenz der Entwicklung in Baden-Württemberg. (Siehe auch B 5.2). Ladenburg hat sich aber von dem höchsten Stand 1990 (fast so hoch wie der Landesdurchschnitt) wesentlich mehr entfernt und liegt in der Pro-Kopf-Verschuldung aktuell wesentlich unter dem Landesdurchschnitt. Ob diese Tendenz weiterhin so bleiben wird, ist bei der augenblicklichen Steuersituation heute noch nicht abzuschätzen und muss weiterhin verfolgt werden.

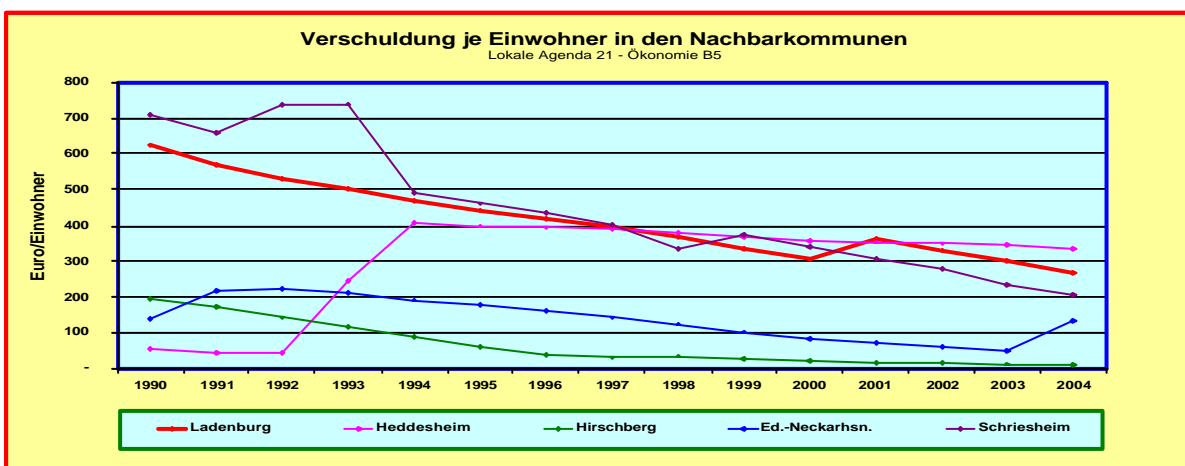
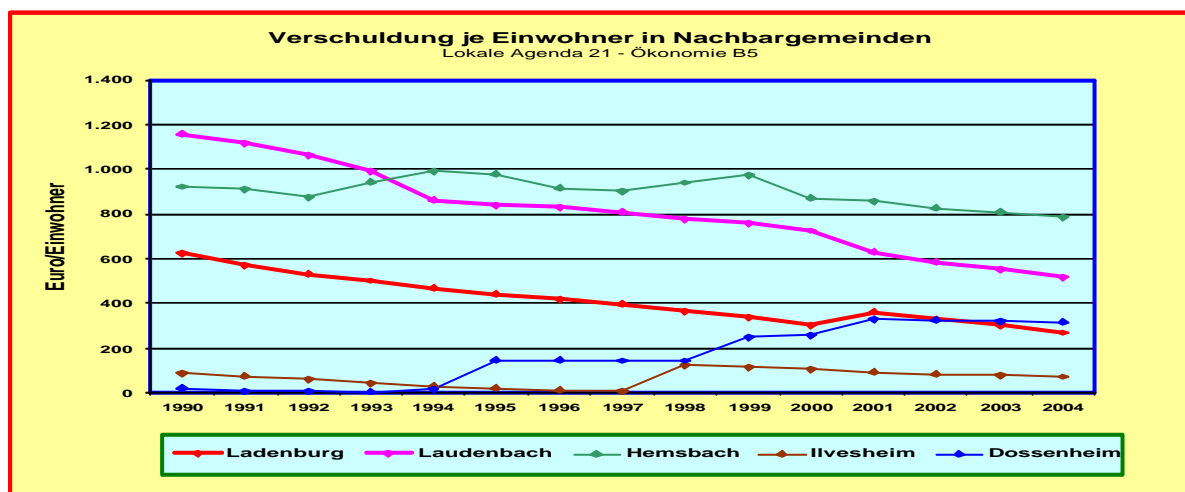
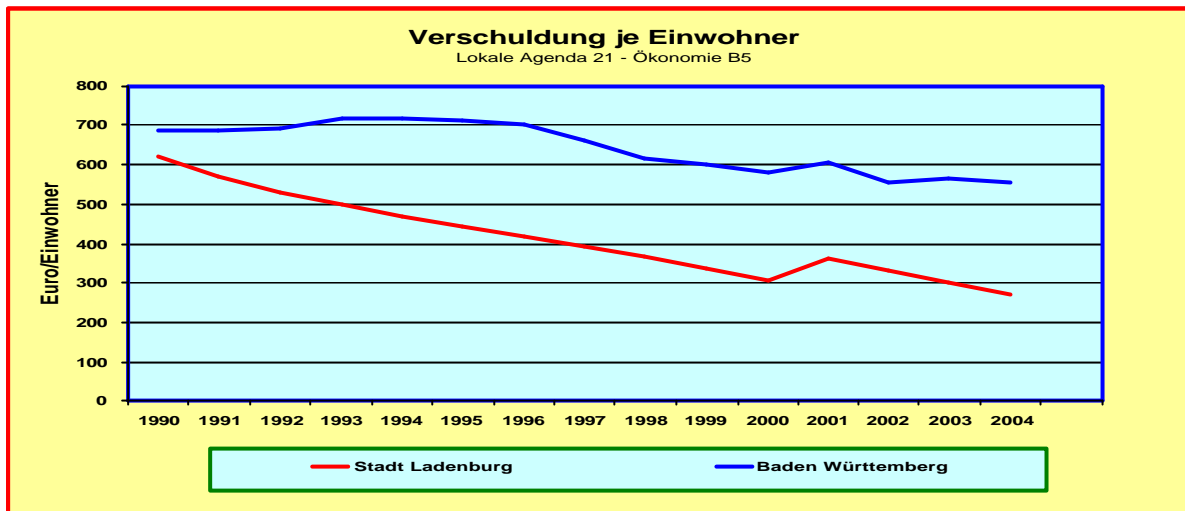


Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B
5.2

INDIKATOR: Kommunale Schulden im Vergleich je Einwohner in Euro

ÖKONOMIE

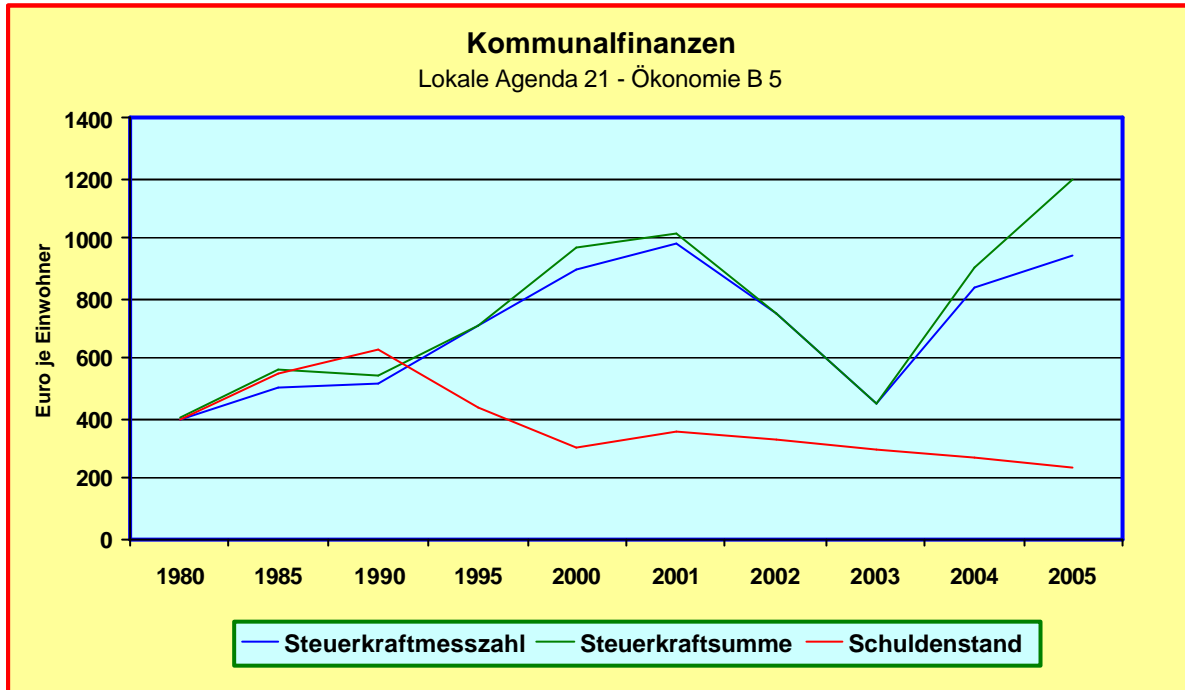


Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B
5.3

INDIKATOR: Kommunal финанzen je Einwohner
in Euro

Ö
K
O
N
O
M
I
E



Entwicklung und Interpretation

Bei fallendem Schuldenstand je Einwohner über die letzten 25 Jahre ist insgesamt trotz der tiefen Einbrüche in den Jahren 2002 und 2003 eine positive Tendenz bei der Steuerkraftmesszahl und bei der Steuerkraftsumme zu verzeichnen, die sich in den letzten im betrachteten Zeitraum doch weit mehr als verdoppelt hat. Die Zahlen zeigen eine positive Situation im Zahlenhaushalt der Ladenburger Kommunal финанzen.

Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung

C2

INDIKATOR: Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

GESELLSCHAFT/SOZIALES

– DEFINITION DES INDIKATORS

Mit diesem Indikator soll die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden wiedergegeben werden. Auszubildende sind Personen, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Erfasst werden die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse.

– ZIELSETZUNG

Durch die ständig steigenden und sich stetig wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Gerade Jugendliche ohne eine entsprechende schulische und berufliche Ausbildung werden dann wesentlich größere Schwierigkeiten haben, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Eine gute berufliche Ausbildung wird mit Blick auf diese Entwicklung immer wichtiger, denn in Zukunft werden die Erwerbstätigen mehr und mehr lebenslang lernen müssen, um die sich ständig ändernden Anforderungen der Erwerbsgesellschaft erfüllen zu können. In Deutschland kamen 1997 auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 60 Auszubildende.

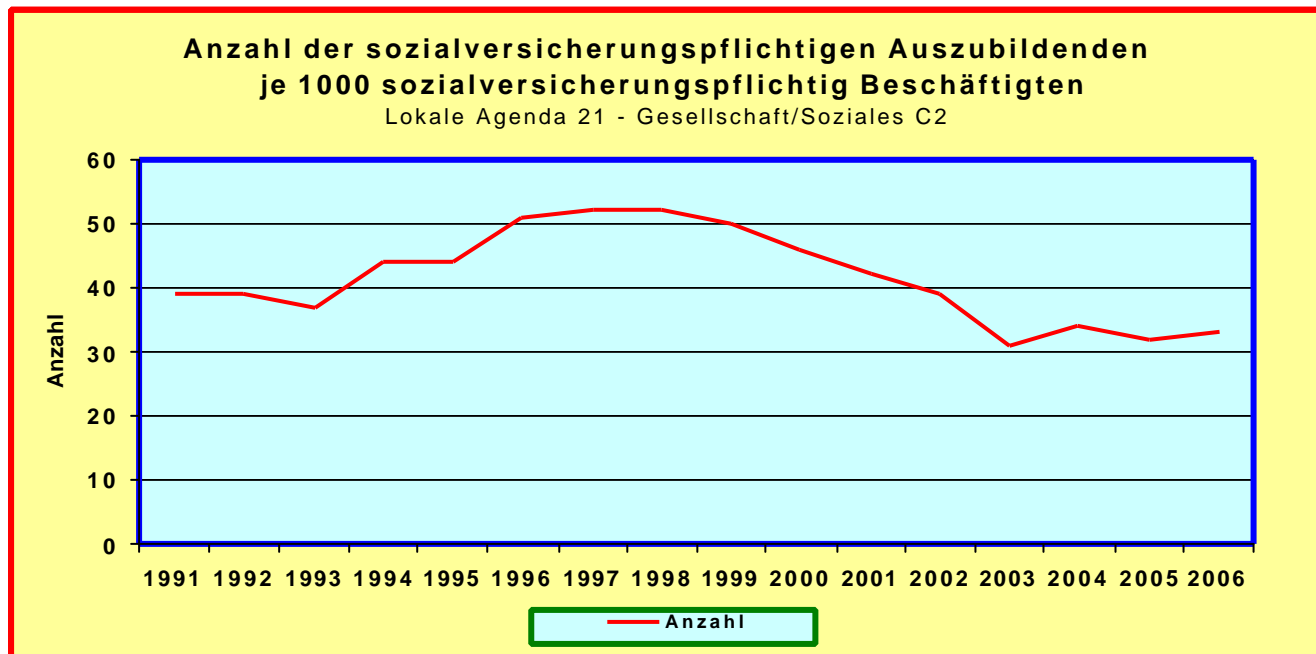


– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Nachdem bis 1998 die Zahl der Auszubildenden stetig anstieg, ist ab diesem Zeitpunkt jedoch eine stark negative Tendenz zu vermerken. Sie liegt zurzeit bei etwa 50% der in Deutschland üblichen Zahl von 60 Auszubildenden.

Ursache hierfür scheint nicht nur die ab 1998 fallende Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt zu sein, sondern es spielt hierbei sicherlich auch die demografische Situation in Ladenburg eine Rolle. Mit etwas Optimismus lässt sich ab 2004 eine leicht positive Tendenz erkennen, die sich mit der besseren Konjunktur in 2007 fortsetzen könnte.

Anzahl der Ausbildungsverhältnisse



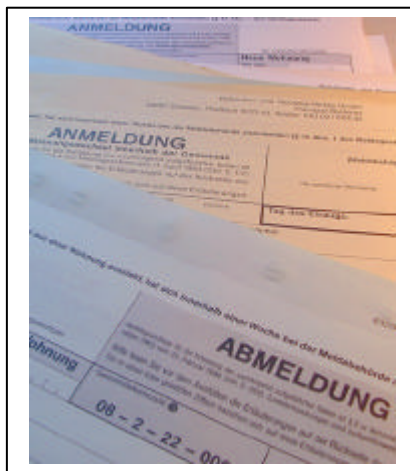
Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C
3.1

INDIKATOR: Zahl der Zu- und Fortzüge
Wanderungssaldo

– DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen sowie die Zahl der Menschen, die die Kommune durch Umzug verlassen. Die Differenz ergibt den Wanderungssaldo.



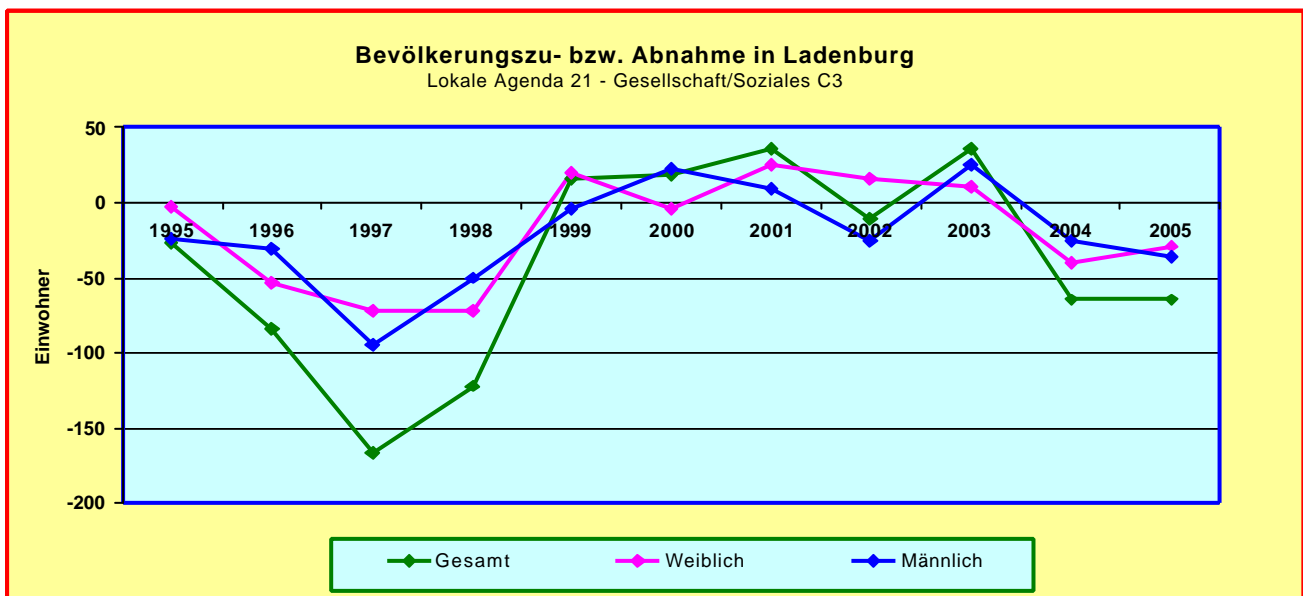
Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo

– ZIELSETZUNG

Eine hohe Zahl von Fortzügen spricht für eine abnehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen Regionen. Umgekehrt deutet eine hohe Zahl von Zuzügen auf eine zunehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen hin. Ein bestimmter Wanderungssaldo kann sich dabei sowohl als Ergebnis einer hohen wie einer niedrigen Fluktuation ergeben. Eine Beurteilung des Wanderungssaldos hängt daher von den jeweiligen regionalen Gegebenheiten ab. Sehr hohe Salden – positiv oder negativ – können dagegen oftmals als Indikator für unterschiedliche Problemkonstellationen gewertet werden.

– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In den letzten 5 Jahren des vorigen Jahrhunderts ist eine starke **negative** Fluktuation zu verzeichnen. In der Summe der Abgänge im betrachteten Zeitraum sind mehr Männer (etwa 16%) als Frauen abgewandert. In den folgenden 5 Jahren zeichnet sich eine leicht positive Tendenz, die Zahlen belegen jedoch, dass seit 2002 die Fluktuation wieder in den negativen Bereich abdriftet. Hier ist darauf zu achten und zu eruieren, warum seit kurzem dieser negative Trend anhält. Maßnahmen müssen erarbeitet werden, um wieder in eine steigende Tendenz zu gelangen. Dazu bieten sich zuerst freie Flächen in den bestehenden Bebauungsgebieten an, aber auch das Projekt Hockenwiese und später dann die Nordstadt sollte man nicht aus den Augen verlieren.



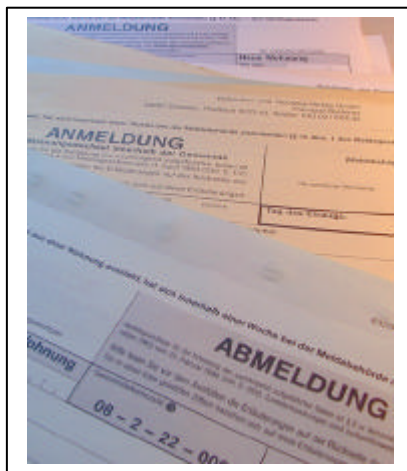
Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C
3.2

INDIKATOR: Bevölkerungsentwicklung

– DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen sowie die Zahl der Menschen, die die Kommune durch Umzug verlassen. Die Differenz ergibt den Wanderungssaldo.



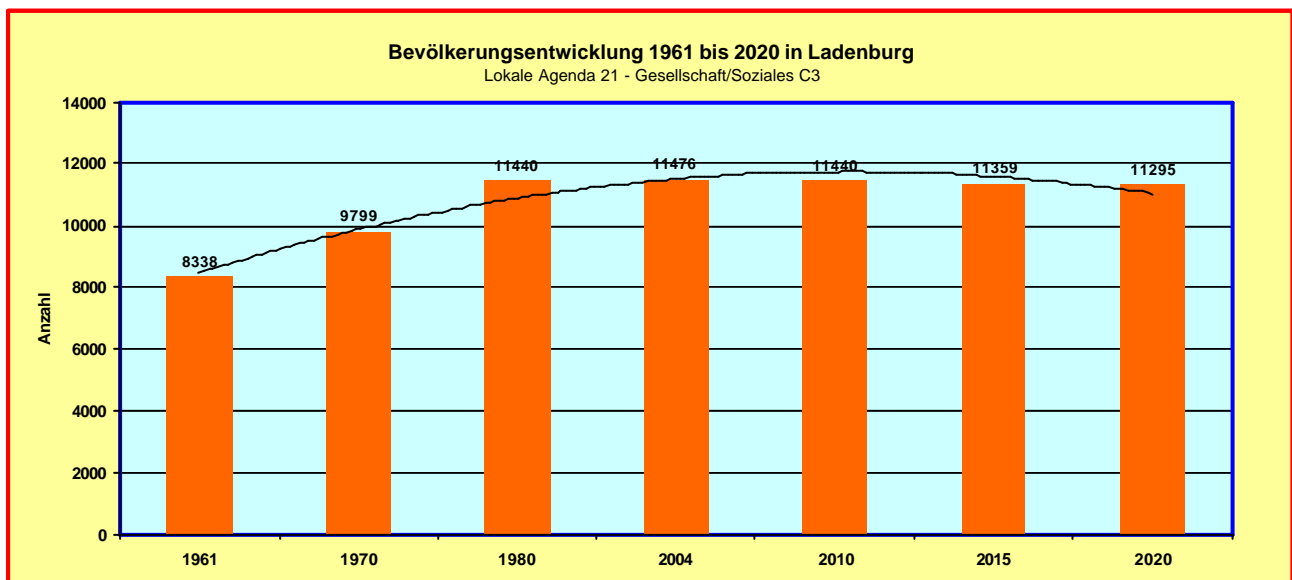
Bevölkerungsentwicklung

– ZIELSETZUNG

Eine hohe Zahl von Fortzügen spricht für eine abnehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen Regionen. Umgekehrt deutet eine hohe Zahl von Zuzügen auf eine zunehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen hin. Ein bestimmter Wanderungssaldo kann sich dabei sowohl als Ergebnis einer hohen wie einer niedrigen Fluktuation ergeben. Eine Beurteilung des Wanderungssaldos hängt daher von den jeweiligen regionalen Gegebenheiten ab. Sehr hohe Salden – positiv oder negativ – können dagegen oftmals als Indikator für unterschiedliche Problemkonstellationen gewertet werden

– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In den letzten 40 Jahren verzeichnete Ladenburg eine steigende Tendenz des Bevölkerungszuwachses, der jedoch seit ca. 2 – 3 Jahren zu stagnieren scheint und in Zukunft laut Prognose wohl etwas abnehmen wird. Die in den 60iger und 70iger Jahren neu gegründeten Stadtviertel Südstadt und Weihergärten haben sehr zur Bevölkerungsvergrößerung beigetragen. Die Kinder der damaligen jungen Familien bleiben aber nicht unbedingt in Ladenburg, und in den Einfamilienhäusern wohnen heute nicht selten nur noch 1 oder 2 ältere Personen. Eine signifikante Steigerung der Einwohnerzahl könnte durch eine Realisierung der Nordstadt erfolgen und anderer geeigneten Bauflächen innerhalb der bestehenden Baugebiete.



Hohes Sicherheitsniveau

C6

INDIKATOR: Bekanntgewordene Straftaten je 1.000 Einwohner

G E S E L L S C H A F T / S O Z I A L E S

– DEFINITION DES INDIKATORS

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Datengrundlage für diesen Indikator liefert, wird seit 1971 nach bundeseinheitlichen, zuletzt zum 1.1.1997 geänderten Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert, die im Zuständigkeitsbereich der Polizei begangen werden. In der PKS sind jedoch Staatsschutz-, Steuer- und reine Verkehrsdelikte nicht enthalten. Die Statistik kann durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden (zum Beispiel Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität der Verbrechenskontrolle) und gibt naturgemäß keinen Aufschluss über das sogenannte Dunkelfeld.

– ZIELSETZUNG

Häufig beruhen Straftaten auf sozialen Problemen, die wiederum ihre Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen haben können. Wachsende Armut und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen. Natürlich sollte das Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch, gerade unter Berücksichtigung der genannten Einflussfaktoren auf die Statistik, nicht sinnvoll. Eine erste Orientierung können hier aber die Vergleichszahlen für die Bundes- und Landesebene geben.

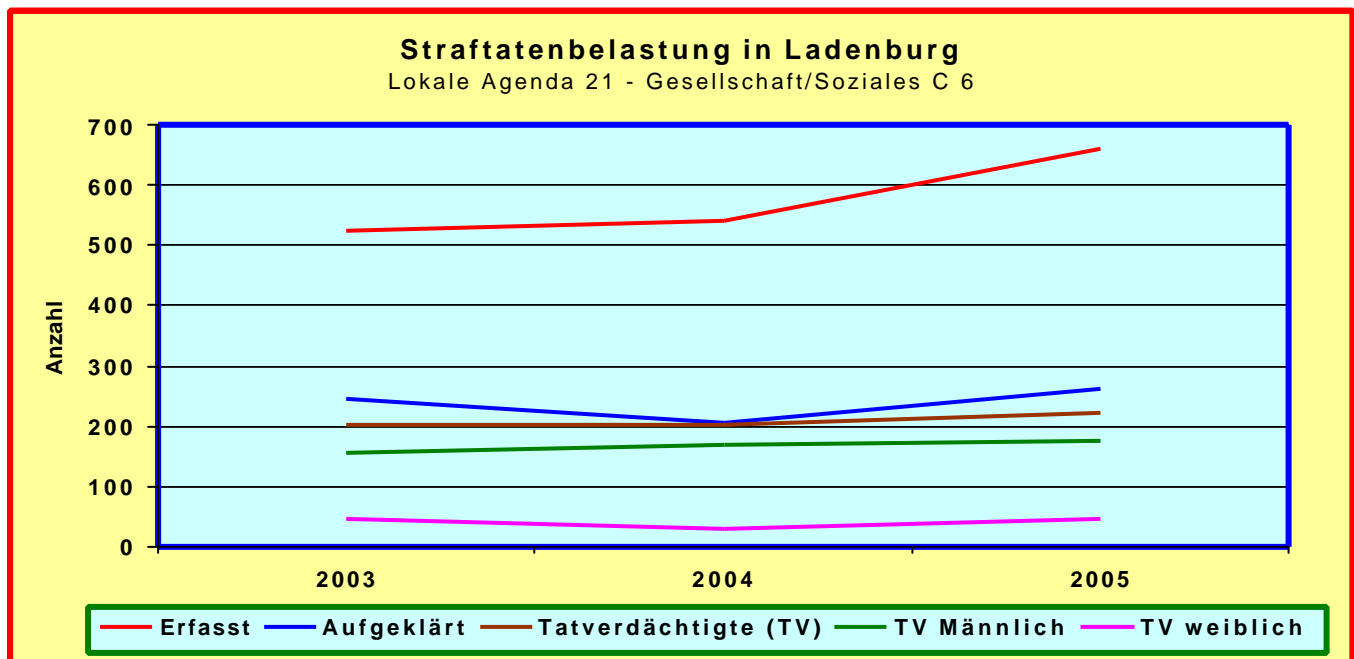


– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Aus der Kurve der erfassten Fälle kann man schließen, dass von 2004 an eine erhöhte Kriminalität zu verzeichnen ist. Nachdem die Aufklärungsrate in 2004 gesunken war, kann jetzt wieder ein positive Tendenz festgestellt werden. Bei den Tatverdächtigen ist das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Personen nahezu konstant.

Andere Untersuchungen stellen fest, dass etwas mehr als 30% der Fälle von Nichtdeutschen Bürgern verursacht werden bei einem Anteil dieser Bürger an der Bevölkerung von ca. 10%.

Bekannt gewordene Straftaten



Hohes demokratisches Engagement

D
2.1

INDIKATOR: Wahlbeteiligung
bei Wahlen zum Kommunalparlament

PARTICIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Die Wahlbeteiligung drückt das Verhältnis zwischen der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen und der Gesamtzahl der Wahlberechtigten aus. Die Vorschriften der Wahlberechtigung sind für alle Wahlarten weitgehend einheitlich. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des jeweiligen Wahlgesetzes beziehungsweise im Wahlgebiet seinen (Haupt-)Wohnsitz hat. In einigen Bundesländern wurde das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt. Darüber hinaus haben seit dem Vertrag von Maastricht (1992) auch EU-Bürger in den Kommunen das aktive und passive Wahlrecht.

Wahlbeteiligung

Fehler! Keine gültige Verknüpfung.

– ZIELSETZUNG

Wenn es gelänge, Kommunalpolitik mit den Inhalten der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 für die Bürger so interessant zu machen, dass sich mindestens so viele Bürgerinnen und Bürger wie bei Bundestagswahlen daran beteiligten, wäre dies ein beachtlicher Erfolg und eine gute Grundlage für eine nachhaltige Kommunalpolitik. An der Bundestagswahl 1998 beteiligten sich 82,2%. Es ist auch zu beachten, dass die Beteiligung bei Kommunalwahlen sehr stark beeinflusst werden kann, wenn diese parallel zu einer anderen Wahl, also Bundestags- und Landtagswahl oder der Wahl zum Europaparlament stattfinden.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Auch Ladenburg konnte sich dem bundesweiten Trend des Rückganges bei Kommunalwahlen nicht entziehen, lag jedoch 1999 noch weit über dem Landesdurchschnitt von 53,0%.

Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

D3 INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Für diesen Indikator werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) kann drei Bereiche umfassen: die Förderung der Anliegen von Ländern der Dritten Welt in der eigenen Kommune, die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in einem Entwicklungsland sowie die Unterstützung von internationalen Organisationen.

– ZIELSETZUNG

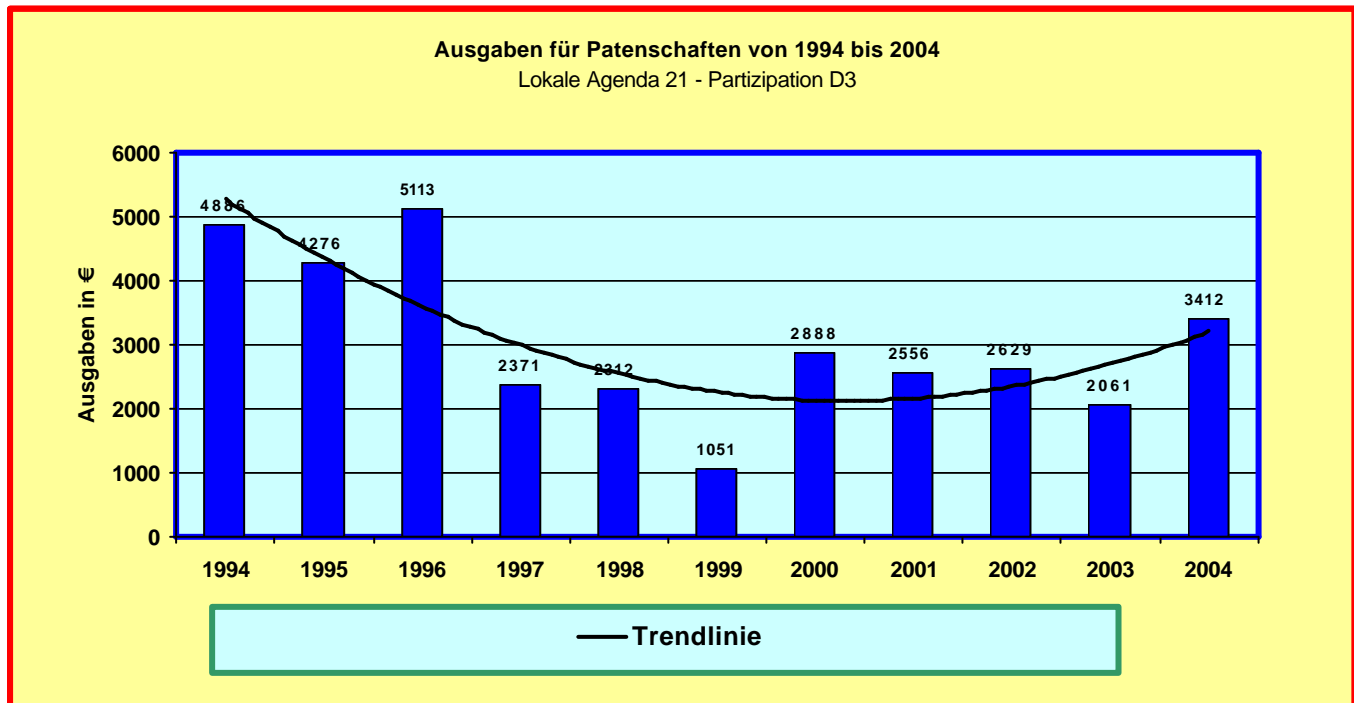
Außen- und Entwicklungspolitik fallen in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als frei-williger und ergänzender Handlungsbereich in vielen Kommunen etabliert und bewährt. Der dauerhafte Erfolg der internationalen Zusammenarbeit und der vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit setzt voraus, dass ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln von der Kommune bereitgestellt wird. Einige Kommunen haben sich seit längerem zu Leistungen in Höhe von 0,25 Euro bis 0,50 Euro (zum Teil mit Unterstützung des Landes) je Einwohner verpflichtet.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Mit abnehmender Konjunktur nahm auch die Bereitschaft für Spenden zur Unterstützung von Patenschaften ab. Erfreulicherweise wurde der negative Trend zu Beginn des neuen Jahrtausend wieder umgekehrt, sodass sich seit etwa 5 Jahren wieder eine erhöhte jedoch mehr oder weniger konstante Spendenbereitschaft zur Unterstützung der Ladenburger Patenschaften abzeichnet.

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit



Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

D
4.1

INDIKATOR: Anteil der Frauen im Kommunalparlament

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Die Zahl der Frauen im Kommunalparlament wird in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der Wahlen. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatsträgers und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücken zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben können.

– ZIELSETZUNG

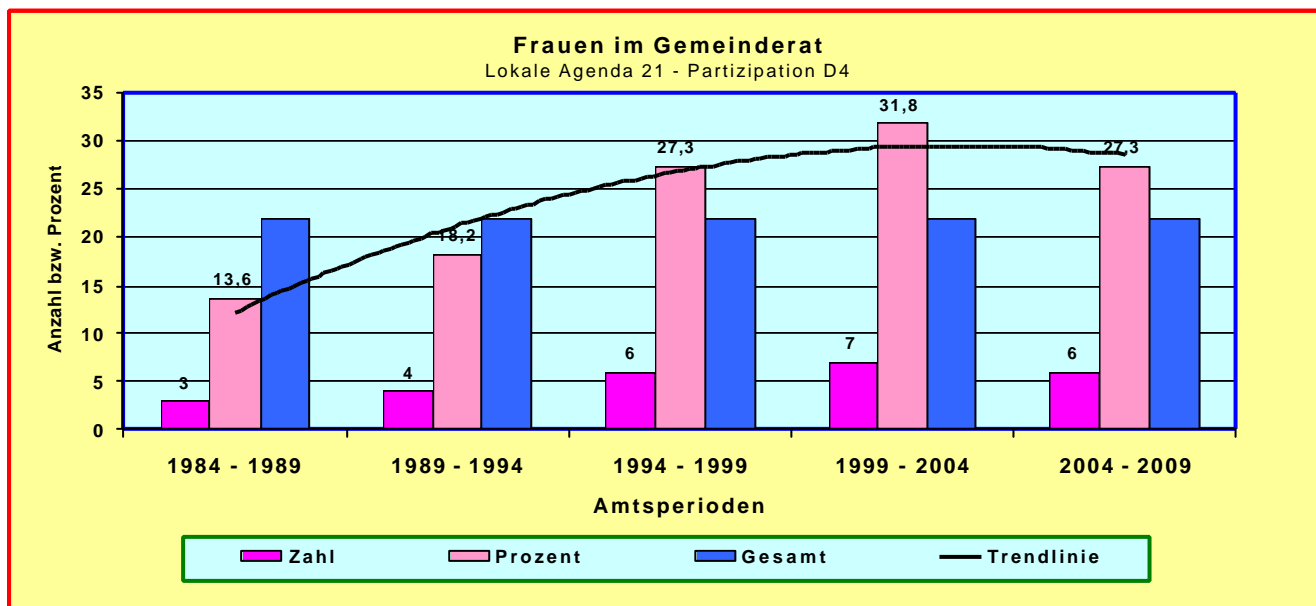
Die Festlegung eines festen Zielwertes erscheint nicht sinnvoll. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und vor allem auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzu weit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist. Trotz steigender Tendenz sind Frauen bislang auf allen politischen Ebenen deutlich unterrepräsentiert. Bei der Wahl von 1998 wurden 207 Frauen in den Bundestag gewählt; bei einer Gesamtzahl von 669 Abgeordneten entspricht dies 31%.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Ladenburg liegt bei der Beteiligung der Frauen im Kommunalparlament mit einem Prozentsatz von heute knapp 30% voll im Rahmen zu den Zahlen im Bundestag. Seit über 20 Jahren ist ein positiver Trend zu verzeichnen, der dokumentiert, dass auch in Ladenburg ein besonderes Gewicht bei der verantwortungsvollen Mitarbeit von Frauen gelegt wird. Bis auf die FDP werden alle anderen Parteien auch durch Frauen im Ladenburger Gemeinderat vertreten. Seit 1999 liegt der Anteil bei 27,3 % und damit auch wesentlich über dem Landesdurchschnitt 1999 von 18,6%.

Anteil der Frauen im Kommunalparlament



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D
5.1

INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen können aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts die Unterabschnitte 45 und 46 herangezogen werden – und, soweit sinnvoll, die relevanten Posten aus dem Unterabschnitt 47. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten Ausgaben für die Verwaltung und für Investitionen.

– ZIELSETZUNG

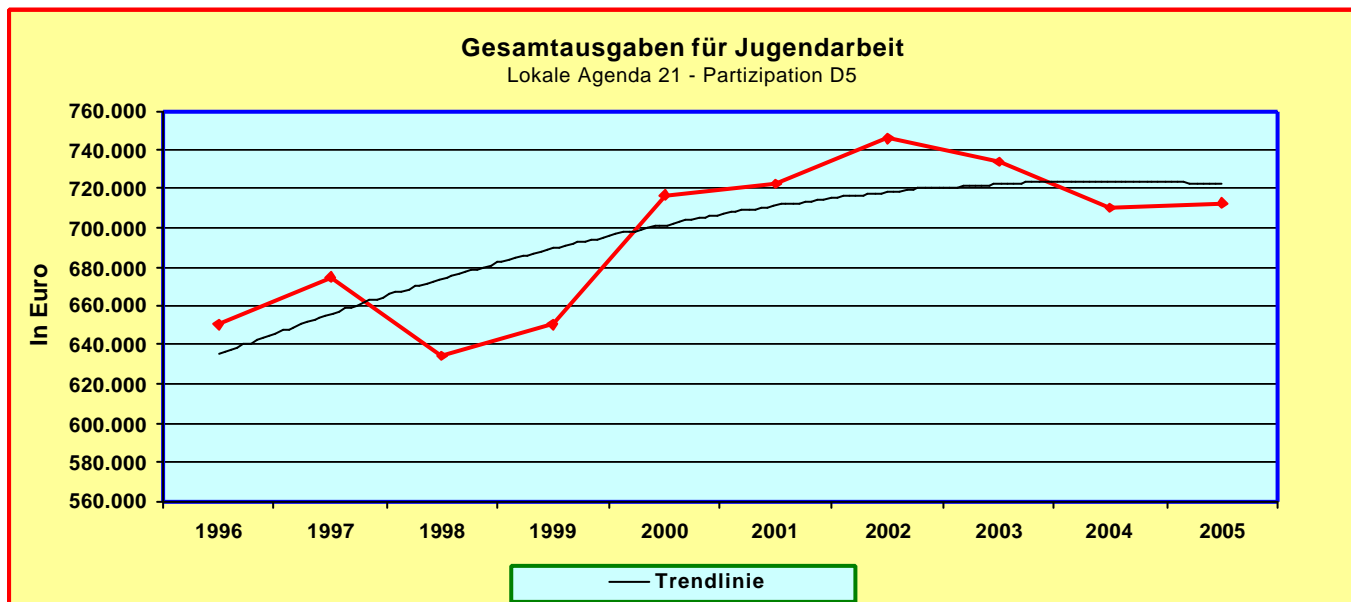
Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Tendenz zeigt, dass die Stadt Ladenburg sehr viel für die Jugendarbeit investiert. Nach einem Einbruch Ende der 90iger Jahre wurde mit der Wahl von Bürgermeister Ziegler schlagartig mehr in die Jugendarbeit investiert, jedoch ist wegen der schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage ab 2002 eine Reduktion der Unterstützung notwendig geworden. Bemühungen sind jedoch ab 2004 erkennbar, diese Unterstützung nicht weiter absinken zu lassen.

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D
5.2

INDIKATOR: Kommunale Ausgaben Betreuungseinrichtungen

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen können aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts die Unterabschnitte 45 und 46 herangezogen werden – und, soweit sinnvoll, die relevanten Posten aus dem Unterabschnitt 47. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten Ausgaben für die Verwaltung und für Investitionen.

– ZIELSETZUNG

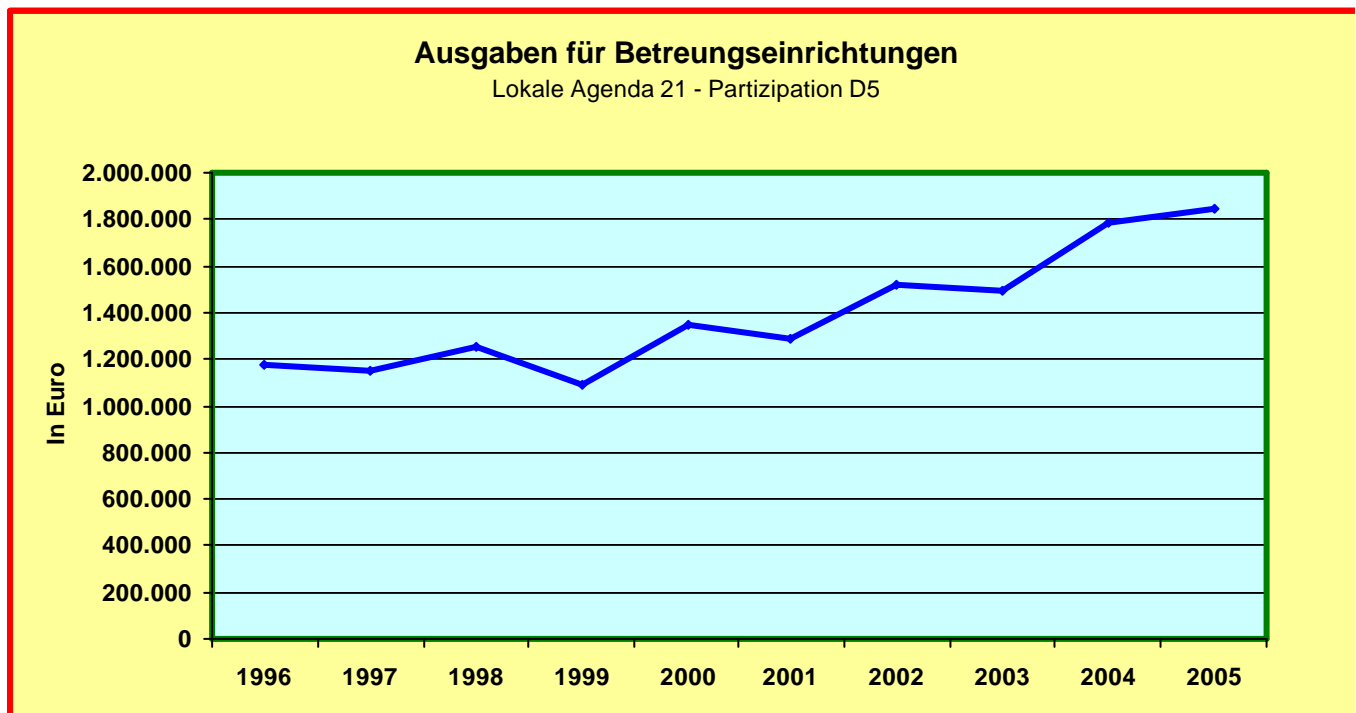
Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Ausgaben für Betreuungseinrichtungen sind, ausgehend von 1996, sind in den letzten 10 Jahren um mehr als 50% gestiegen. Das beweist, dass die Stadt Ladenburg die Verpflichtung für die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Kommune außerordentlich ernst nimmt und aktiv unterstützt. Ob diese durchaus positive Tendenz weiterhin beibehalten werden kann, muss in Anbetracht der gespannten Finanzsituation sorgfältig beobachtet werden.

Kommunale Ausgaben Betreuungseinrichtungen



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D
5.3

INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Schulen

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen können aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts die Unterabschnitte 45 und 46 herangezogen werden – und, soweit sinnvoll, die relevanten Posten aus dem Unterabschnitt 47. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten Ausgaben für die Verwaltung und für Investitionen.

– ZIELSETZUNG

Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.

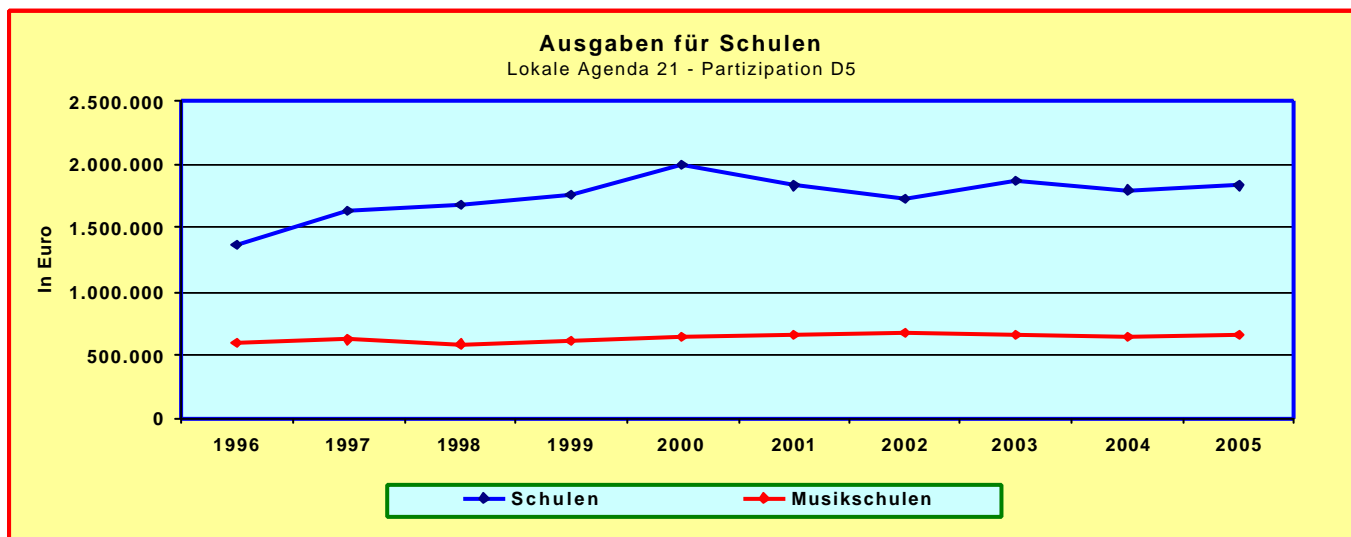


– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Ausgaben für die Schulen zeigen eine ansteigende Tendenz von ca. 34% über einen Zeitraum der letzten 10 Jahre.

Der Anstieg für die Musikschulen dagegen beläuft sich auf nur ca. 10% in 10 Jahren und ist daher nahezu konstant, obwohl das Leistungsangebot während dieses Zeitraumes wesentlich erhöht wurde. Allerdings konnte man Kostensteigerungen durch Reduzierung des Personals auffangen.

Kommunale Ausgaben für Schulen



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D
5.4

INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Schüler

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen können aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts die Unterabschnitte 45 und 46 herangezogen werden – und, soweit sinnvoll, die relevanten Posten aus dem Unterabschnitt 47. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten Ausgaben für die Verwaltung und für Investitionen.

– ZIELSETZUNG

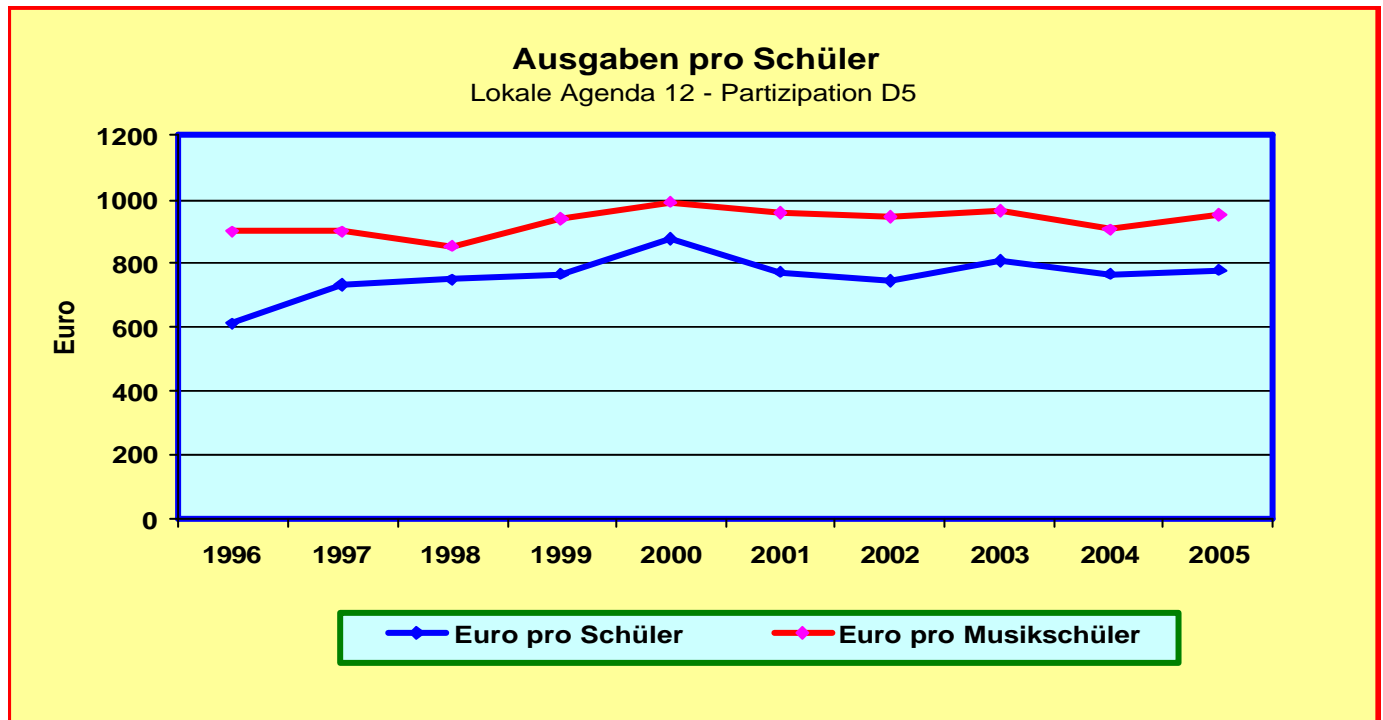
Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Bei etwa annähernd gleichem Verlauf der Kosten über den betrachteten Zeitraum ist auffallend, dass für die Musikschulen pro Schüler mehr ausgegeben wurde als für die Schüler der anderen Schulen. Inwieweit Personalkosten für diese Diskrepanz relevant sind, muss noch untersucht werden.

Kommunale Ausgaben für Schüler



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D
5.5

INDIKATOR: Ausgaben für Spielplätze und Jugendhilfe

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen können aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts die Unterabschnitte 45 und 46 herangezogen werden – und, soweit sinnvoll, die relevanten Posten aus dem Unterabschnitt 47. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten Ausgaben für die Verwaltung und für Investitionen.

– ZIELSETZUNG

Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.

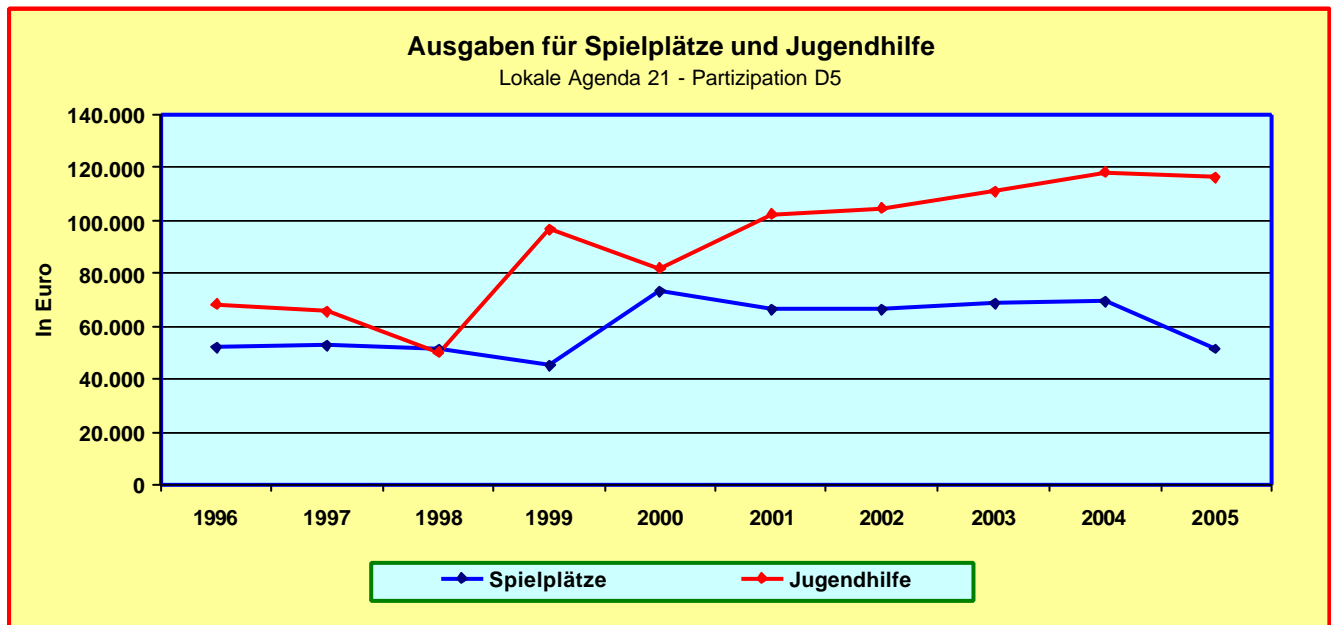


– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Erhebliche Schwankungen gab es bei den Ausgaben für die Jugendhilfe. Nach der Bürgermeisterwahl im Jahre 2000 werden die Ausgaben in einer stetigen Steigerung um insgesamt ca. 40% in den letzten 5 Jahren angehoben.

Bei den Ausgaben für Spielplätze blieb nach einer Erhöhung des jährlichen Zuschusses im Jahr 2000 der Wert nahezu konstant, wurde dann aber nach aufwendigen Investitionen in den Vorjahren wieder in etwa auf den Stand von 1996 reduziert.

Kommunale Ausgaben für Spielplätze und Jugendhilfe



Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

D
6.1

INDIKATOR: Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

– DEFINITION DES INDIKATORS

Der Kernbereich des Indikators besteht aus zwei Komponenten: der Summe der Stunden, die von den Teilnehmern an Sitzungen der Arbeitskreise und sonstigen Gruppen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 ehrenamtlich geleistet werden, und der Summe der Arbeitsstunden für einzelne Projekte. Der Gesamtwert muss dann auf die Einwohnerzahl bezogen werden, um die zeitliche und interkommunale Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Für die Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass damit nur ein Teil des bürgerschaftlichen Agenda-Engagements erfasst wird, da viele Mitwirkende sich in ihrer Freizeit auch über die gemeinsamen Sitzungen und Projekte hinaus mit dem Thema beschäftigen.

– ZIELSETZUNG

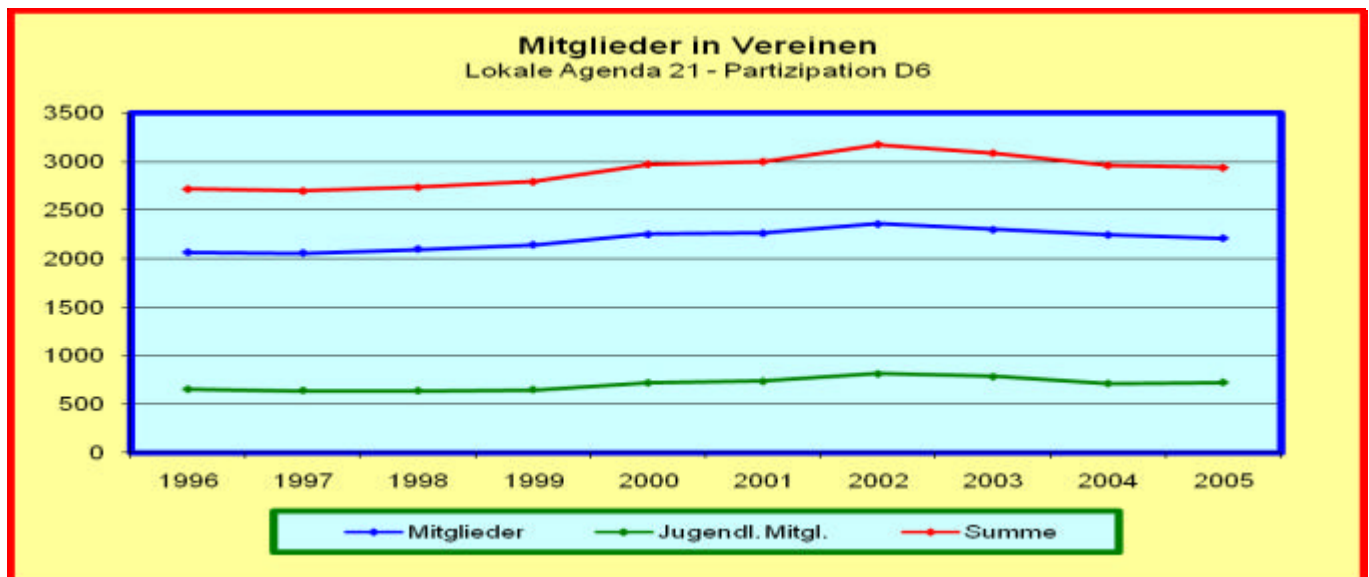
Die Lokale Agenda 21 ist als partizipativer Prozess angelegt und muss eine möglichst breite Bürgerbeteiligung anstreben, wenn der langfristige Erfolg sichergestellt werden soll. Dies lässt sich nicht an einem bestimmten Zielwert festmachen, sondern muss in Abhängigkeit von der konkreten Situation diskutiert werden. Es kommt darauf an, die Entwicklung insgesamt sowie bei den verschiedenen, in der Kommune in Angriff genommenen Projekte zu beobachten. Ein alarmierendes Zeichen ist sicherlich, wenn die Zahl der Teilnehmer sinkt, die Treffen seltener und die Projekte weniger werden. Umgekehrt sind stabile oder steigende Teilnehmerzahlen und regelmäßige Sitzungen und damit ein konstanter oder zunehmender Indikatorwert ein positives Zeichen für die Vitalität des Agenda-Prozesses in einer Kommune.



– ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Ladenburg hat ca. 130 Vereine. Erfasst wurden Daten von 4 großen Vereinen (s. auch D 6.2 und 6.3). Allein schon diese sehr eingeschränkte Betrachtung lässt darauf schließen, dass schätzungsweise mindestens 50% der Bürger sich aktiv in einem Verein betätigen. Nur so lässt sich auch die verhältnismäßig große Zahl von Vereinen erklären. Sie zeigt aber auch, dass in Ladenburg ein hohes gesellschaftliches Engagement vorhanden ist und dokumentiert, dass die Ladenburger Menschen sich in ihrer Stadt wohlfühlen.

Anzahl der Mitglieder in den 4 größten Vereinen

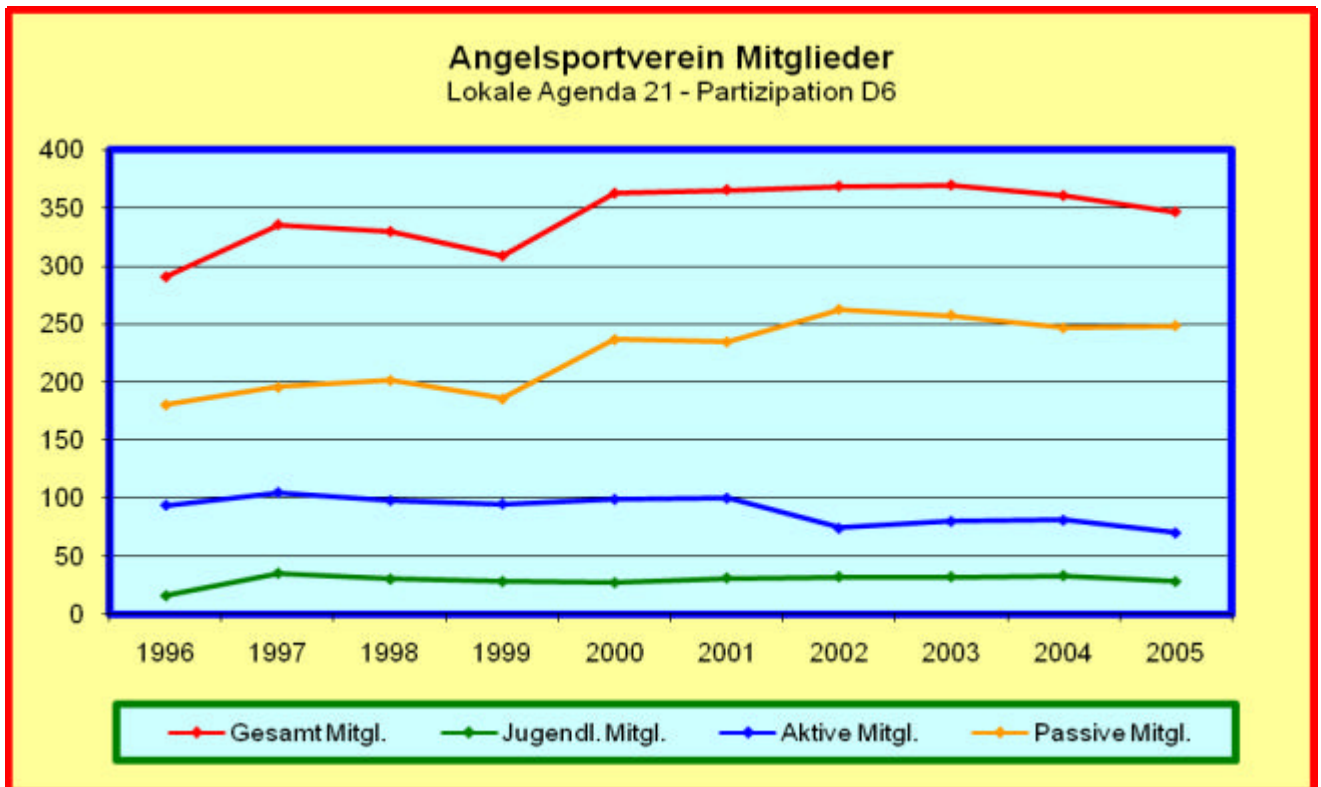
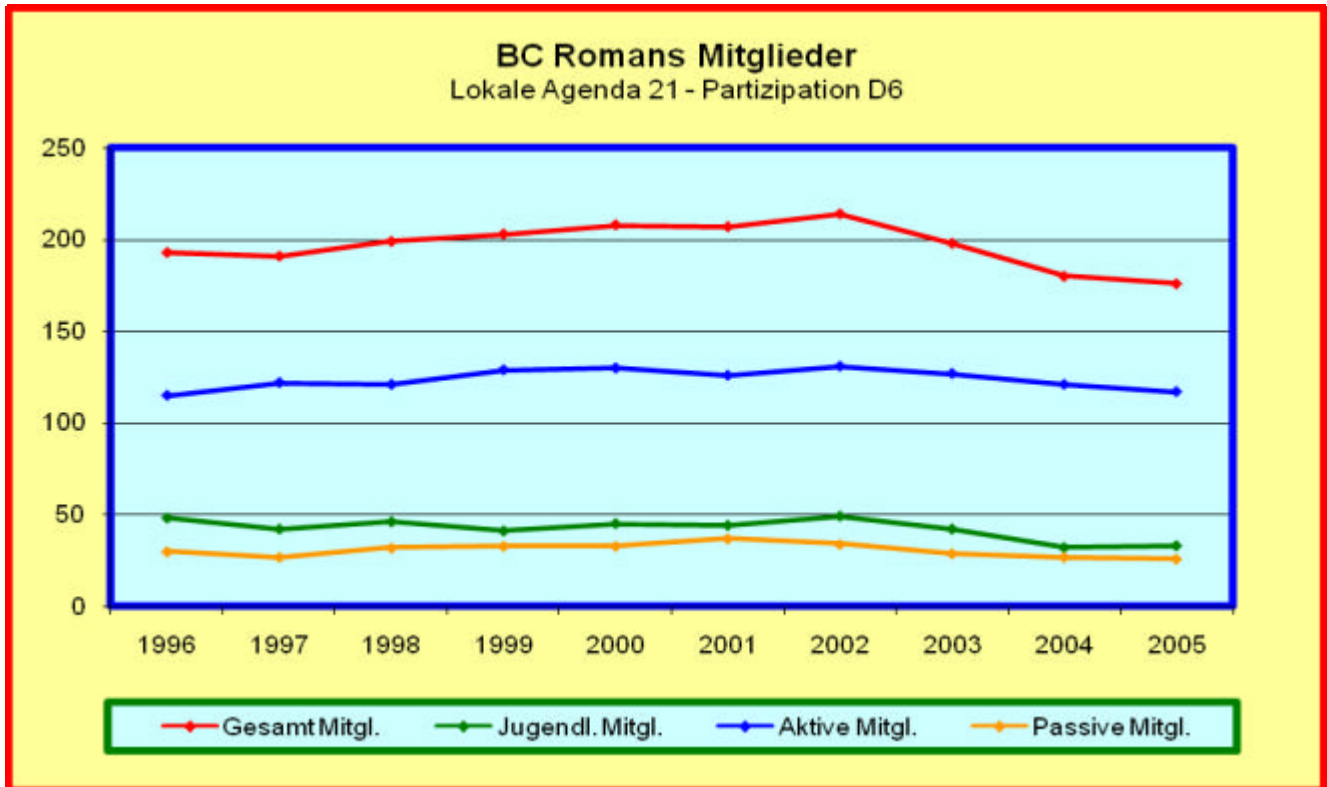


Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

D
6.2

INDIKATOR: Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION

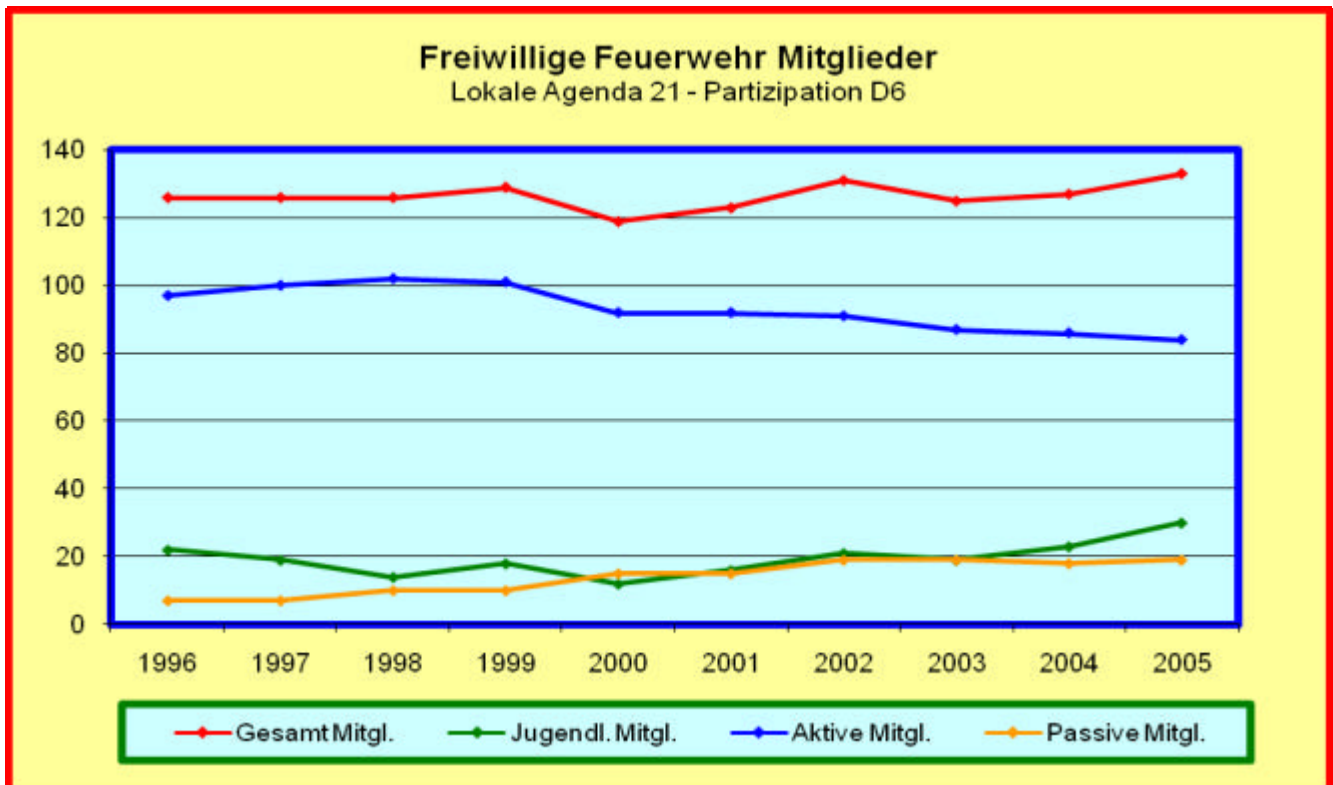
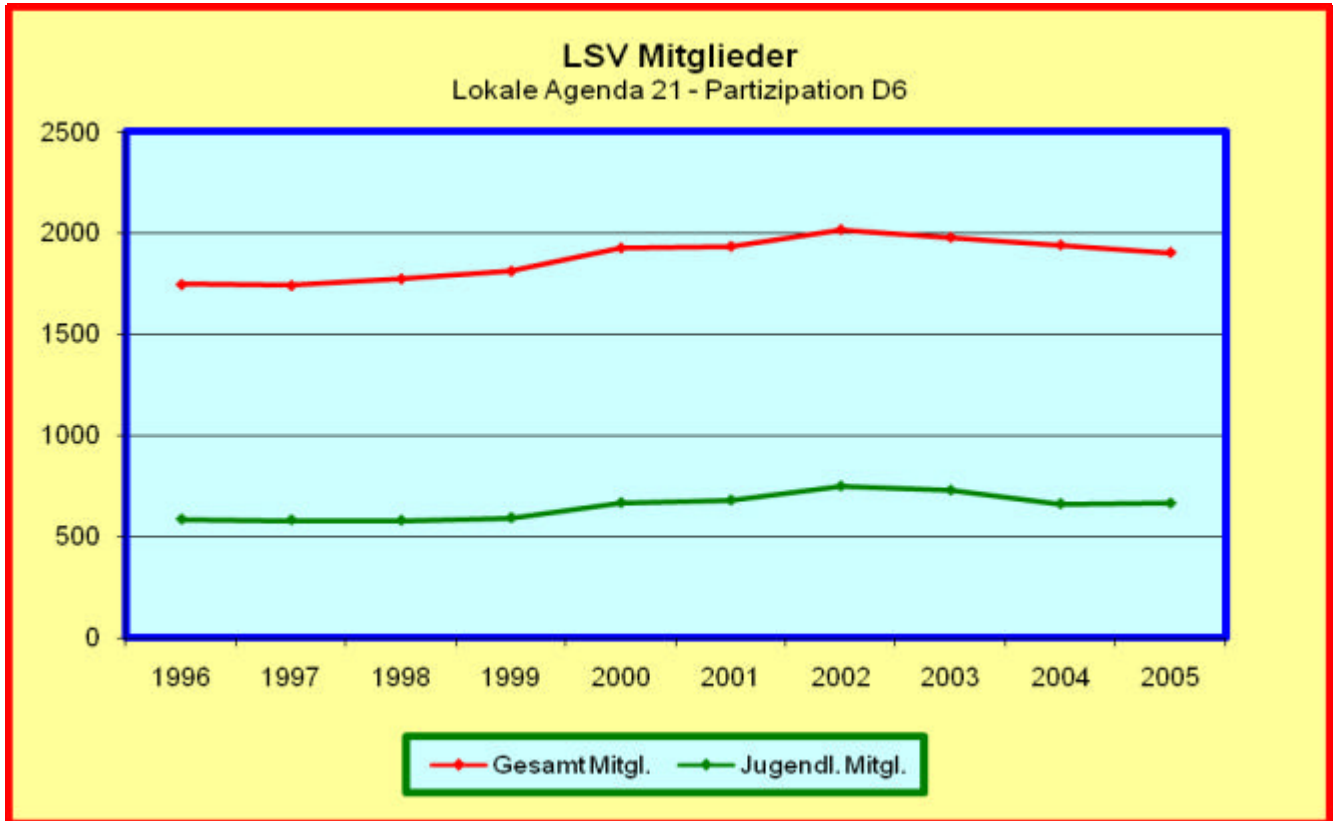


Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

D
6.3

INDIKATOR: Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Einwohner

PARTIZIPATION



Anhang

Quellen

Leitfaden:
Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21
Herausgegeben vom LUBW, Stuttgart

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg:
www.statistik.baden-wuerttemberg.de/

EnBW Regional AG
Regionalzentrum Nordbaden
Ettlingen

Polizeidienststelle Ladenburg

Bundes-Agentur für Arbeit

Kämmereiamt Stadt Ladenburg

Stadtbauamt Stadt Ladenburg

Liegenschaftsamt Stadt Ladenburg

Ordnungs- und Sozialamt Stadt Ladenburg

Fotos von Ladenburg

- Weik Druck & Design GmbH
- Verwaltung der Stadt Ladenburg
- Fritz Lüns

Impressum

Herausgegeben von:
Verwaltung der Stadt Ladenburg

Bearbeitet von:
Dipl. Ing. Fritz Lüns
Sprecher des Ak Umwelt

1. Auflage: 100 Exemplare

Druck: Stadt Ladenburg

Stand: September 2007